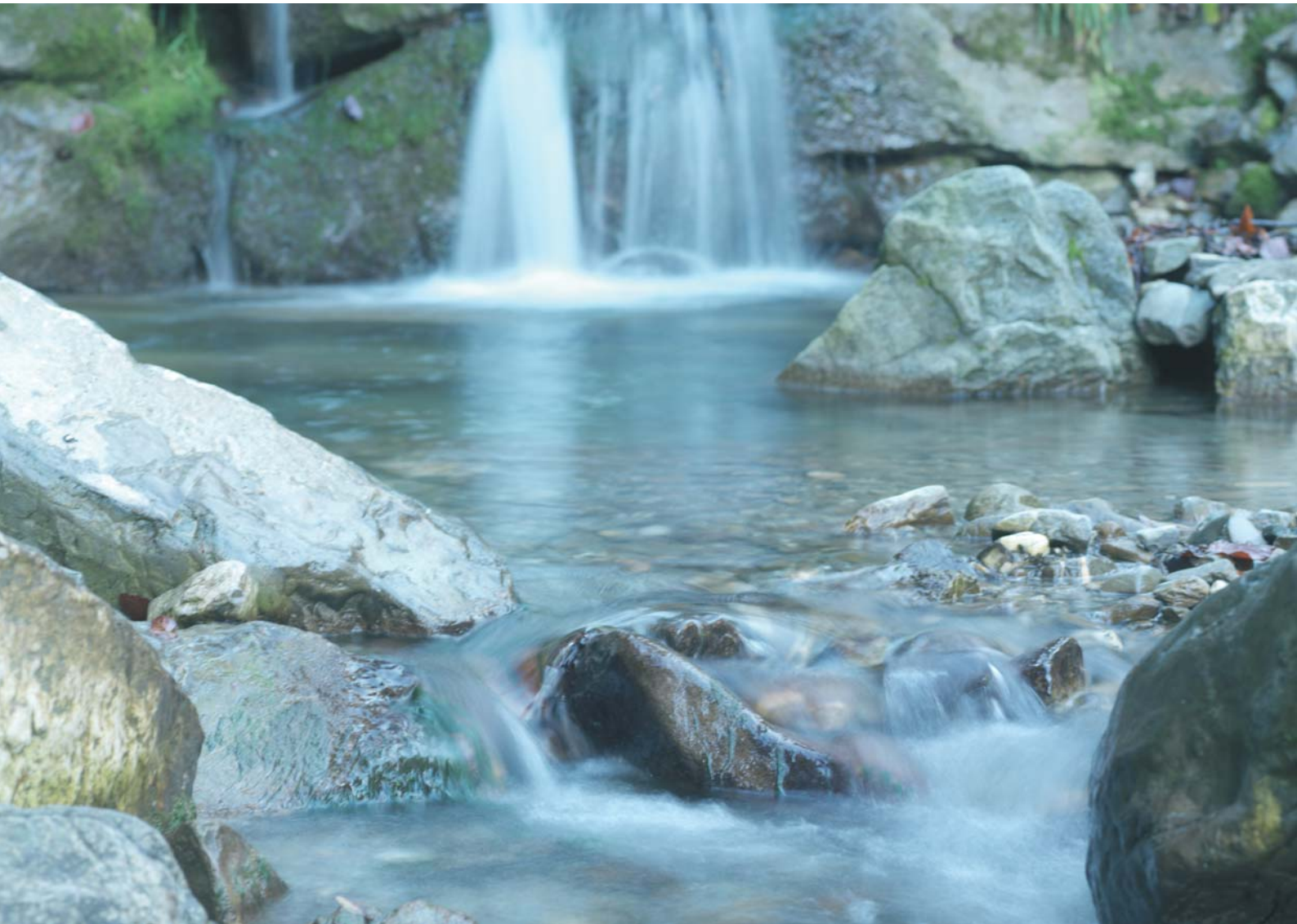
> Geschäftsbericht 2006

AHV
IV
FAK



Impressum

Herausgeber

Liechtensteinische AHV-IV-FAK

Druck

BVD, Druck + Verlag AG, FL-9494 Schaan

Bildnachweise

S. 4, Direktor Kaufmann, Brigitt Risch, Schaan
S. 12, Direktor Biedermann, Brigitt Risch, Schaan
S. 29, Eintrag der Praktikantin Sarah Lemmenmeier ins Goldene Buch, Roland Korner, Close up AG, Triesen
S. 33, Sondersitzung des Verwaltungsrats mit der Regierung, Wolfgang Müller, Close up AG, Triesen
S. 34, Anlagefachausschuss, Brigitt Risch, Schaan

Vorbemerkung zur Verwendung weiblicher und männlicher Begriffe

Um den Lesefluss zu erleichtern, werden Begriffe, die sowohl in weiblicher als auch in männlicher Form existieren, meist nur in einer der Formen aufgeführt.

Vorbemerkung zu den statistischen Auswertungen

Die statistischen Auswertungen werden rein zu statistischen Zwecken und im Unterschied zur Jahresrechnung ohne Abgrenzungen erhoben. Einzelne der ausgewerteten Zahlen können Momentaufnahmen darstellen. Daher können die statistischen Auswertungen zu einem gewissen Grad von der Jahresrechnung abweichen. Massgebend für die Jahresrechnung sind natürlich ausschliesslich die dort dargestellten Zahlen.

„Beständig im Wandel“

Inhalt

Vorwort 4

Einleitung 6

Jahresbericht 2006

1. Ergebnis im Überblick 8

2. Organisation 9
   - 2.1 Allgemeines 9
   - 2.2 Organigramm 9
   - 2.3 Organe 10
   - 2.4 Veränderungen im Berichtsjahr 11
   - 2.5 Verabschiedung von Dir. Gerhard Biedermann 12

3. Alters- und Hinterlassenenversicherung 13
   - 3.1 Jahresergebnis 13
   - 3.2 Rechtsentwicklung im Berichtsjahr 13
   - 3.3 Statistische Auswertungen 13
   - 3.4 Entwicklung des AHV-Fonds und der Reserven 15

4. Invalidenversicherung 20
   - 4.1 Jahresergebnis 20
   - 4.2 Rechtsentwicklung im Berichtsjahr 20
   - 4.3 Statistische Auswertungen 21
   - 4.4 Entwicklung des IV-Fonds und der Reserven 24

5. Familienausgleichskasse 25
   - 5.1 Jahresergebnis 25
   - 5.2 Rechtsentwicklung im Berichtsjahr 25
   - 5.3 Statistische Auswertungen 25
   - 5.4 Entwicklung des FAK-Fonds und der Reserven 27

6. Verwaltung 28
6.1 Jahresergebnis der Verwaltungskostenrechnung 28
6.2 Personelles 29
6.3 Einzelheiten aus der Verwaltung 30

7. Verwaltungsrat 33

8. Anlagetätigkeit 34
8.1 Allgemeines 34
8.2 Bewertungsgrundsätze 35
8.3 Berichtsjahr 36

9. Aufsichtsrat 39

10. Übertragene Aufgaben 39
10.1 Allgemeines 39
10.2 Ergänzungsleistungen 40
10.3 Hilflosenentschädigungen 41
10.4 Besondere medizinische Massnahmen 41
10.5 Blindenbeihilfen 42

Jahresrechnung 44

Betriebsrechnung AHV 2006 44
Bilanz AHV-Fonds per 31. Dezember 2006 45

Betriebsrechnung IV 2006 46
Bilanz IV-Fonds per 31. Dezember 2006 47

Betriebsrechnung FAK 2006 48
Bilanz FAK-Fonds per 31. Dezember 2006 49

Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2006 50
Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2006 51

Bericht des Aufsichtsrates 52

Erläuterungen der Verwaltung zu
den Betriebsrechnungen und Bilanzen 53

Vorwort

> Vorwort des Direktors

Direktor Walter Kaufmann

„Beständig im Wandel“

heisst das Motto des Geschäftsberichtes 2006 der AHV-IV-FAK-Anstalten. Das Motto widerspiegelt nicht nur die Entwicklung seit 1954, sondern auch des abgelaufenen Jahres 2006.

Einerseits können wir einen ständigen Wandel beobachten. Das Gebiet der sozialen Sicherheit gehört zu jenen Bereichen, bei denen die Entwicklung nie still steht: ca. 300 grössere oder kleinere Gesetzes- oder Verordnungsänderungen können seit 1954 allein bei den von den AHV-IV-FAK-Anstalten betreuten Rechtsbereichen gezählt werden. Hinzu kommen die in der Praxis ebenso wichtigen zwischenstaatlichen Instrumente und Vereinbarungen, von denen gerade das EWR-Abkommen ja mit besonderer Dynamik ausgestattet ist.

Andererseits aber bleibt bei all diesem Wandel auch eine grosse Beständigkeit erhalten. Diese Beständigkeit sehen wir beispielhaft darin, dass Direktor Gerhard Biedermann nach 27 Dienstjahren einen gesunden Betrieb übergeben konnte. Eine natürliche Entwicklung gibt es auch hier; Bewährtes muss dabei aber nicht über den Haufen geworfen werden.

Das Jahr 2006 war somit für die AHV-IV-FAK-Anstalten insgesamt ein Jahr des Wandels, zugleich aber auch ein Jahr, in dem Beständigkeit nicht vergessen ging.

Auch künftig wird die soziale Sicherheit laufend Veränderungen unterworfen sein. Die grösste Herausforderung besteht dabei darin, das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben nachhaltig in Einklang zu bringen. Dabei müssen wir uns daran erinnern, dass bei der sozialen Sicherheit eben auch der Begriff der „Sicherheit“ an sich besonders wichtig ist. Die Versicherten, die Arbeitgeber und alle anderen Partner erwarten zu Recht eine langfristige Sicherheit und eben Beständigkeit.

In der Hoffnung, die bisher gewohnte Sicherheit und Beständigkeit auch künftig bieten zu können, nehmen die AHV-IV-FAK-Anstalten die Berichterstattung über das Geschäftsjahr 2006 zum Anlass, den Arbeitgebern, den verschiedenen Ämtern und den Gemeindekassen sowie auch allen anderen, die bei der Durchführung unserer Aufgabenbereiche mitwirken, unseren Dank für die gute Zusammenarbeit auszusprechen.

Seitens der Direktion ergeht vor allem auch ein besonderer Dank an sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Mitglieder des Verwaltungsrates und Aufsichtsrates.

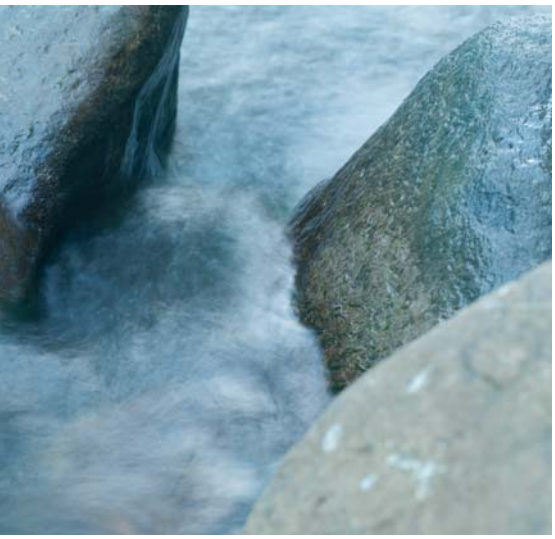
Vaduz, 4. April 2007

Walter Kaufmann
Liechtensteinische AHV-IV-FAK

Einleitung

Sehr geehrte Frauen und Herren Abgeordnete,
Sehr geehrter Herr Regierungschef,
Sehr geehrte Frau Regierungsrätin,
Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Wir gestatten uns, der Regierung des Fürstentums Liechtenstein und dem Hohen Landtag den Jahresbericht und die Jahresrechnung betreffend das Geschäftsjahr 2006 zur Genehmigung zu unterbreiten.



Die AHV-IV-FAK-Anstalten gehören als selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts nicht zur Landesverwaltung, nehmen jedoch hoheitliche Aufgaben wahr und sind daher der allgemeinen Staatsverwaltung im weiteren Sinne zuzurechnen. Sie unterstehen der Staatsaufsicht, welche vom Landtag und von der Regierung ausgeübt wird.

Die Überprüfung der Geschäftsführung erfolgt in mehreren Stufen. Im zeitlichen Ablauf an erster Stelle fungiert die vom Aufsichtsrat eingesetzte externe Revisionsstelle. Sie vollzieht die Hauptrevision betreffend die materielle Rechtsanwendung und überprüft in der Abschlussrevision die Jahresrechnung. Sodann prüft der Aufsichtsrat die Geschäftsführung gestützt auf die entsprechenden Berichte der Revisionsstelle. Entsprechend dem Prüfungsergebnis erstattet der Aufsichtsrat dem Verwaltungsrat und der Regierung zu Handen des Landtags jährlich Bericht. Der entsprechende Bericht des Aufsichtsrates vom 3. April 2007 liegt bei. Im weiteren Verlauf obliegen dem Verwaltungsrat die Entgegennahme des jährlichen Berichts des Aufsichtrates und die Genehmigung des Jahresberichts des Direktors sowie der Jahresrechnung. Er hat die entsprechenden Berichte bzw. die Jahresrechnung betreffend das Geschäftsjahr 2006 in seiner Sitzung vom 4. April 2007 genehmigt.

Jahresbericht und Jahresrechnung sind zuletzt auch vom Landtag zu genehmigen. Anschliessend sind der Jahresbericht und die Jahresrechnung von den AHV-IV-FAK-Anstalten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Entsprechend den gesetzlichen Vorschriften stellen wir nun den Antrag auf Behandlung des Jahresberichts und der Jahresrechnung.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung der vorzüglichen Hochachtung.

Vaduz, 4. April 2007

Liechtensteinische AHV-IV-FAK

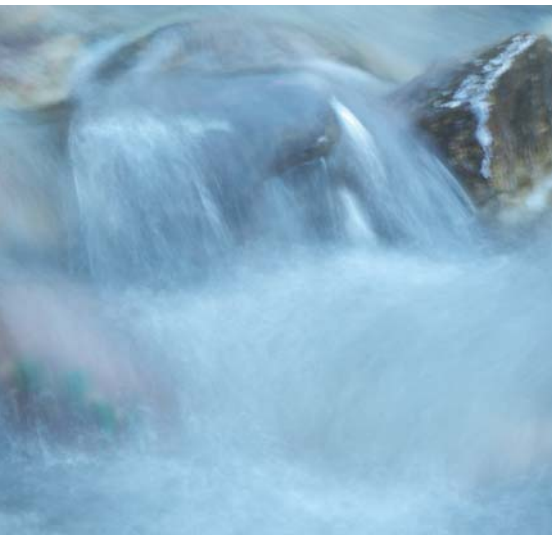
Horst Büchel
Präsident des Verwaltungsrates

Walter Kaufmann
Direktor

1 > Ergebnis im Überblick

(in Mio. CHF)

Anmerkung: Dieser Überblick erfasst nur zwei Stellen hinter dem Komma; es können sich daher bei der zweiten Stelle hinter dem Komma Rundungsdifferenzen ergeben.



AHV	2005	2006	+/- %
Beiträge	166.59	177.08	+ 6.3%
Vermögenserträgnisse	148.66	68.39	– 54.0%
Staatsbeitag	38.71	40.18	+ 3.8%
Einnahmen total	**353.96**	**285.65**	– 19.3%
Ausgaben	**– 172.27**	**– 179.10**	+ 4.0%
Gesamtergebnis	**181.69**	**106.55**	– 41.4%
Fondsvermögen (exkl. Bewertungsreserve)	**2'026.74**	**2'133.29**	**+ 5.3%**

IV	2005	2006	+/- %
Beiträge	26.33	34.45	+ 30.8%
Vermögenserträgnisse	0.03	0.09	-
Staatsbeitag	26.25	19.36	– 26.2%
Einnahmen total	**52.61**	**53.90**	+ 2.5%
Ausgaben	**– 52.61**	**– 53.44**	+ 1.6%
Gesamtergebnis	**0.00**	**0.46**	-
Fondsvermögen	**2.24**	**2.69**	**+ 20.1%**

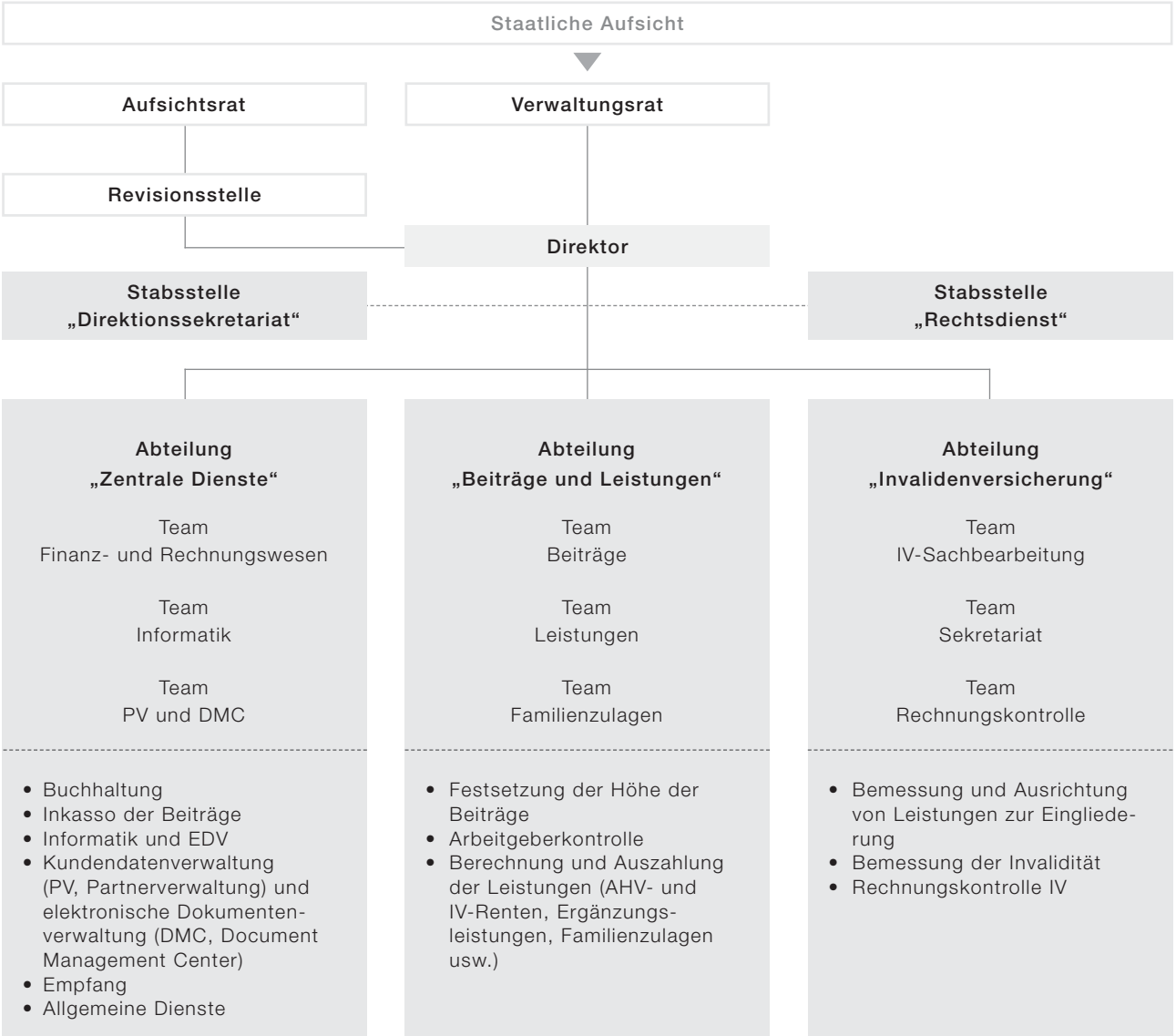
FAK	2005	2006	+/- %
Beiträge	46.02	48.92	+ 6.3%
Vermögenserträgnisse	6.33	3.07	– 51.5%
Staatsbeitag	0.00	0.00	-
Einnahmen total	**52.35**	**51.99**	– 0.7%
Ausgaben	**– 46.75**	**– 46.93**	+ 0.4%
Gesamtergebnis	**5.60**	**5.06**	– 9.6%
Fondsvermögen (exkl. Bewertungsreserve)	**87.54**	**92.60**	**+ 5.8%**

Verwaltungskosten	2005	2006	+/- %
Ertrag	**10.63**	**11.51**	+ 8.3%
Aufwand	**– 10.62**	**– 10.66**	+ 0.4%
Gesamtergebnis	**0.01**	**0.85**	-
Kapital VK-Rechnung	**2.77**	**3.62**	**+ 30.7%**

2.1 Allgemeines

Die AHV-IV-FAK-Anstalten (Alters- und Hinterlassenenversicherung, Invalidenversicherung, Familienausgleichskasse) sind formell drei einzelne Anstalten. Per Gesetz sind sie jedoch funktionell in einer Personalunion verbunden und haben identische Organe (Verwaltungsrat, Aufsichtsrat und Direktion). Sie unterstehen der Aufsicht von Landtag und Regierung.

2.2 Organigramm



2.3 Organe

Verwaltungsrat

Präsident
Horst Büchel, dipl. Wirtschaftsprüfer, Gschind 675, Triesenberg

Vize-Präsident
Daniel Vogt, Treuhänder mit eidg. Fachausweis, Zweistäpfle 6, Balzers

Mitglieder
Alice Fehr, Meierhofstrasse 85, Triesen
Wolfgang Marxer, Oberstädtle 4, Nendeln
Dr. Dieter Meier, Kappelestrasse 7, Eschen
Angelika Nigg, Duxgass 45, Schaan
Werner Ospelt, Bangarten 14, Vaduz

Ersatzmitglieder
David Falk, Reberastrasse 45, Schaan
Werner Thöny, Arnikaweg 11, Vaduz

Aufsichtsrat

Präsident
Fredy Vogt, dipl. Wirtschaftsprüfer, Fürstenstrasse 13, Balzers

Mitglieder
Nora Meier-Good, Michel-Oehri 43, Gamprin (bis September 2006)
Michael Sochin, Renkwiler 35, Eschen (bis September 2006)
Jolanda Condito-Kaiser, Wegacker 4, Mauren (ab Oktober 2006)
Lic. iur. Susanne Eberle, Rietle 23, Balzers (ab Oktober 2006)

Ersatzmitglieder
Jolanda Condito-Kaiser, Wegacker 4, Mauren (bis September 2006)
Herlinde Oehri-Meier, Geisszipfelstr. 4, Ruggell (bis September 2006)
Waltraud Frohnwieser-Seger, Stelzagass 33, Gamprin (ab Oktober 2006)
Veronika Sprecher-Marxer, Oberbühl 90, Gamprin (ab Oktober 2006)

Vom Aufsichtsrat eingesetzte Revisionsstelle

Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfung, Brunnhofweg 37, Bern

Direktion

Direktor
Lic. rer. pol. Gerhard Biedermann, Platta 47, Schellenberg (bis August 2006)
Lic. iur. Walter Kaufmann, Brata 4, Mauren (ab September 2006)

Stv. Direktor
Heinz Ritter, Heiligwies 25, Schaanwald
Harald Schädler, Täscherloch 774, Triesenberg (ab November 2006)
Lic. iur. Walter Kaufmann, Brata 4, Mauren (bis August 2006)

2.4 Veränderungen im Berichtsjahr

Der Verwaltungsrat wird vom Landtag jeweils auf vier Jahre gewählt. Die aktuelle Mandatsperiode läuft bis ins Jahr 2008.

Der Aufsichtsrat wird vom Landtag jeweils auf vier Jahre gewählt. Diese Mandatsperiode ist im Berichtsjahr abgelaufen. Der Landtag hat in seiner öffentlichen Sitzung vom 20. September 2006 die Neubestellung vorgenommen. Die entsprechenden Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträger sind im vorstehenden Abschnitt aufgeführt.

Die Revisionsstelle blieb unverändert.

Der bisherige Direktor Gerhard Biedermann (Schellenberg) trat am 31. August 2006 in den Ruhestand. Der neue Direktor Walter Kaufmann (Mauren) ist im Jahre 1990 zu den AHV-IV-FAK-Anstalten gestossen. 1996 hatte er die Leitung des Rechtsdienstes übernommen. 1997 wurde er zusammen mit Heinz Ritter (Schaanwald) zum Stellvertreter des Direktors ernannt. Er ist nun vom Verwaltungsrat in der Sitzung vom 22. Februar 2006 zum Direktor gewählt und von der Regierung in der Sitzung vom 7. März 2006 bestätigt worden. Er hat sein Amt am 1. September 2006 angetreten. Die dadurch vakant gewordene Position eines Stellvertreters des Direktors ist mit Harald Schädler (Triesenberg) besetzt worden (Wahl durch den Verwaltungsrat in der Sitzung vom 20. September 2006; Bestätigung durch die Regierung in der Sitzung vom 3. Oktober 2006). Harald Schädler ist seit 1991 bei den AHV-IV-FAK-Anstalten; seit 1997 leitet er die Abteilung Zentrale Dienste (Buchhaltung, Finanzen, Mahnwesen und Beitragsinkasso, Informatik, Kundendatenverwaltung, Dokumentenverwaltung und allgemeine Dienste); am 1. November 2006 hat er zusätzlich die Funktion als Stv. Direktor übernommen. Das Direktorium besteht nun seither aus Walter Kaufmann als Direktor und den beiden Stellvertretern Heinz Ritter und Harald Schädler.

2.5 Verabschiedung von Dir. Gerhard Biedermann

Direktor Gerhard Biedermann

Gerhard Biedermann trat in einer nicht einfachen Zeit sein Amt am 6. August 1979 an. Es galt damals schon, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Während seiner Amtszeit ist der AHV-Fonds von etwas über 200 Mio. Franken (1979, Reserve von über 8 Jahresausgaben) auf knapp über 2 Mrd. Franken angewachsen (2005, Reserve von ca. 12 Jahresausgaben). Beim Rücktritt von Direktor Biedermann konnte die AHV ihr bestes Ergebnis (2005) der Geschichte präsentieren: allein aus den Kapitalerträgnissen hätten die AHV-Renten bezahlt werden können.

Die einzelnen Gremien der AHV-IV-FAK-Anstalten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Direktor Biedermann in fast drei Jahrzehnten als einen umsichtigen Leiter, der seine Verdienste nie in den Vordergrund stellte, kennen gelernt. Schon gleich nach seinem Amtsantritt musste er eine grosse AHV-Revision vorbereiten und rechtzeitig auf 1982 einführen. Vor fast 20 Jahren, im Jahre 1987, konnte er zusammen mit dem Verwaltungsrat bzw. dem neu geschaffenen Anlagefachausschuss, in dem auch externe Finanzexperten mitarbeiten, eine neue Vermögensanlage-Verordnung umsetzen, die entscheidend zum guten Stand der AHV beigetragen hat. Anno 1997 brachte er mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die für die Versicherten in den letzten Jahren wichtigste und technisch sehr komplizierte Änderung des Rentenrechts problemlos über die Bühne: mit dem Wechsel vom „Ehepaar-System“ zum „Individualrenten-System“ (dem so genannten „Splitting“) wurde die rechtliche Gleichbehandlung von Frau und Mann bei der AHV verwirklicht.

Direktor Biedermann hinterlässt einen gut funktionierenden Betrieb. Er hat in seiner Zeit einen modernen Dienstleistungsbetrieb mit über 60 Angestellten aufgebaut. Im Jahr 1980 schon hat er dafür gesorgt, dass die Rentendaten auf EDV übernommen werden. Ohne die vom Direktor auch seither stets gepflegte ständige Anpassung der Arbeitsmittel an den Stand der Technik wäre es unmöglich, die vielen Aufgaben zu bewältigen.

Sämtliche Gremien der AHV-IV-FAK-Anstalten sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danken Gerhard Biedermann für seine grossen Verdienste und für die Bereitschaft, auch in der letzten Zeit, nachdem er seinen Rücktritt im Jahre 2005 schon bekannt gegeben hatte, sich weiterhin bis zum letzten Arbeitstag am 31. August 2006 voll für den Betrieb einzusetzen. Derselbe Dank gebührt auch Grete Biedermann, die ihrem Gatten in dieser Zeit den Rücken frei gehalten hat. Dieser Dank wird begleitet von den besten Wünschen für einen aktiven und gesunden Ruhestand.

3.1 Jahresergebnis

Wie in der Jahresrechnung ausgeführt, schliesst die AHV das Berichtsjahr mit einem Überschuss von ca. CHF 106.55 Mio. ab (darüber hinaus wurde zusätzlich die Bewertungsreserve um CHF 30.0 Mio. erhöht). Die Einnahmen von ca. CHF 285.65 Mio. bestehen aus Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber, den Vermögenserträgnissen und den Beiträgen des Staates. Die Ausgaben belaufen sich auf ca. CHF 179.10 Mio. (unter Abzug von Rückerstattungsforderungen und Verrechnungen); zudem wurde die oben erwähnte Rückstellung von CHF 30.0 Mio. gebildet. Für Einzelheiten zum Jahresergebnis wird auf die Jahresrechnung und die dort angeführten Erläuterungen verwiesen.

3.2 Rechtsentwicklung im Berichtsjahr

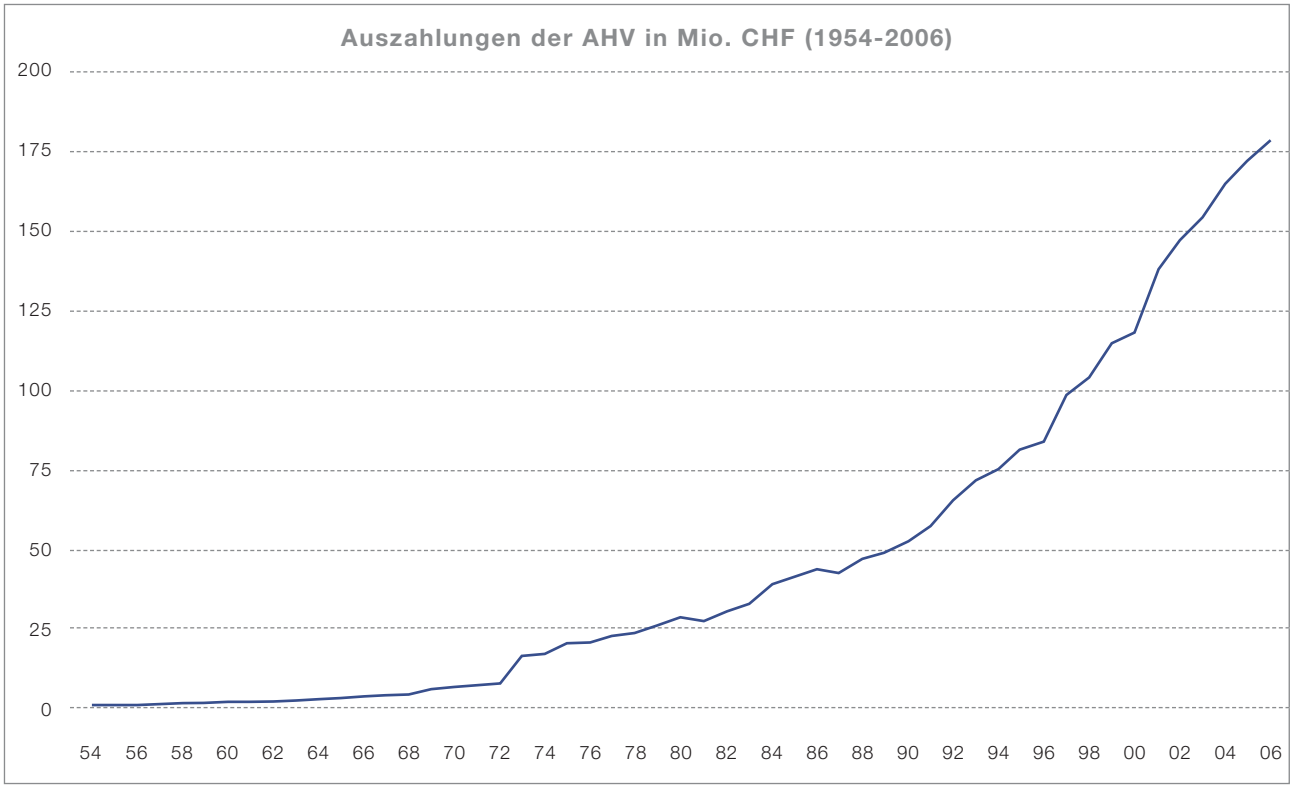
Im Berichtsjahr sind keine Änderungen des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) oder der dazu erlassenen Verordnungen in Kraft getreten. Auch im Bereich der zwischenstaatlichen Instrumente sind keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.
Für das nächstfolgende Berichtsjahr 2007 wird zusätzlich zur Rentenerhöhung die vom Hohen Landtag am 25. Oktober 2006 beschlossene AHVG-Novelle Auswirkungen zeigen (die AHVG-Novelle wird im Bereich der Kinderrenten insgesamt geringfügige Minderausgaben zur Folge haben; diese fallen bei der AHV jedoch weit weniger ins Gewicht als bei der IV).

3.3 Statistische Auswertungen

Auszahlungen insgesamt

Bei den Auszahlungen entfallen über 99% auf Renten und ein kleiner Anteil auf Vergütungen für Hilfsmittelkosten (Hörgeräte, Rollstühle usw.).

Die im Jahr 2006 ausbezahlten Leistungen (unter Berücksichtigung von Renten, Hilfsmitteln, Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen) belaufen sich auf ca. CHF 179.1 Mio. (im Vorjahr: ca. CHF 172.3 Mio.). Die Entwicklung seit 1954 ist nachstehend dargestellt.



Senkrecht: Auszahlungen der AHV in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1954–2006

Rentenzahlungen

Der grössere Teil der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger wohnt im Ausland. Im Dezember 2006 wurden 13'865 Altersrenten und Verwitwetenrenten ausgerichtet (ohne Waisenrenten, ohne Kinderrenten, ohne Zusatzrenten für die Ehefrau); dabei wohnten 5'538 Personen in Liechtenstein (39.9%) und 8'327 Personen im Ausland (60.1%); im Dezember 2005 lag das Verhältnis bei 5'359 Personen (40.7%) zu 7'802 Personen (59.3%). Diese im internationalen Vergleich ungewöhnliche Situation widerspiegelt den liechtensteinischen Arbeitsmarkt. Die im Ausland wohnhaften Personen haben jedoch in aller Regel keine lückenlose Versicherungsdauer in Liechtenstein, da sie einen Teil ihrer Versicherungskarriere in anderen Staaten haben. Das Total der ins Ausland ausgerichteten Rentenbeträge ist daher entsprechend tiefer als das Total der Inlandzahlungen (nachstehend in CHF).

Total der AHV-Rentenzahlungen: geografische Verteilung

Länder	2002	2003	2004	2005	2006	2006 in CHF
Liechtenstein	70.3%	70.1%	69.7%	68.8%	68.5%	124'356'056
Österreich	17.9%	17.9%	18.1%	18.3%	18.4%	33'377'108
Schweiz	7.0%	7.3%	7.5%	7.9%	8.0%	14'579'448
Übriges Ausland	4.8%	4.7%	4.7%	5.0%	5.1%	9'345'893
Total	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	**181'658'505**

Rentenbestand: Der Rentenbestand weist die erwartete Zunahme auf (Stand der Dezemberauszahlung). Wichtig ist vor allem der Bestand an Altersrenten.

	2002	2003	2004	2005	2006	Änderung zum Vorjahr
Altersrenten	10'043	10'709	11'280	11'995	12'632	+ 5.3%
Kinderrenten	186	227	244	256	291	+ 13.7%
Zusatzrenten für Ehefrauen	1'564	1'830	2'031	2'171	2'283	+ 5.2%
Verwitwetenrenten	951	1'028	1'084	1'166	1'233	+ 5.8%
Waisenrenten	374	360	363	365	363	– 0.6%
Total	**13'118**	**14'154**	**15'002**	**15'953**	**16'802**	**+ 5.3%**

Eine weitere interessante Kennzahl bietet der Vergleich der vorbezogenen Altersrenten zum Total der Altersrenten (jeweils ohne Kinderrenten, Zusatzrenten, Verwitwetenrenten und Waisenrenten).

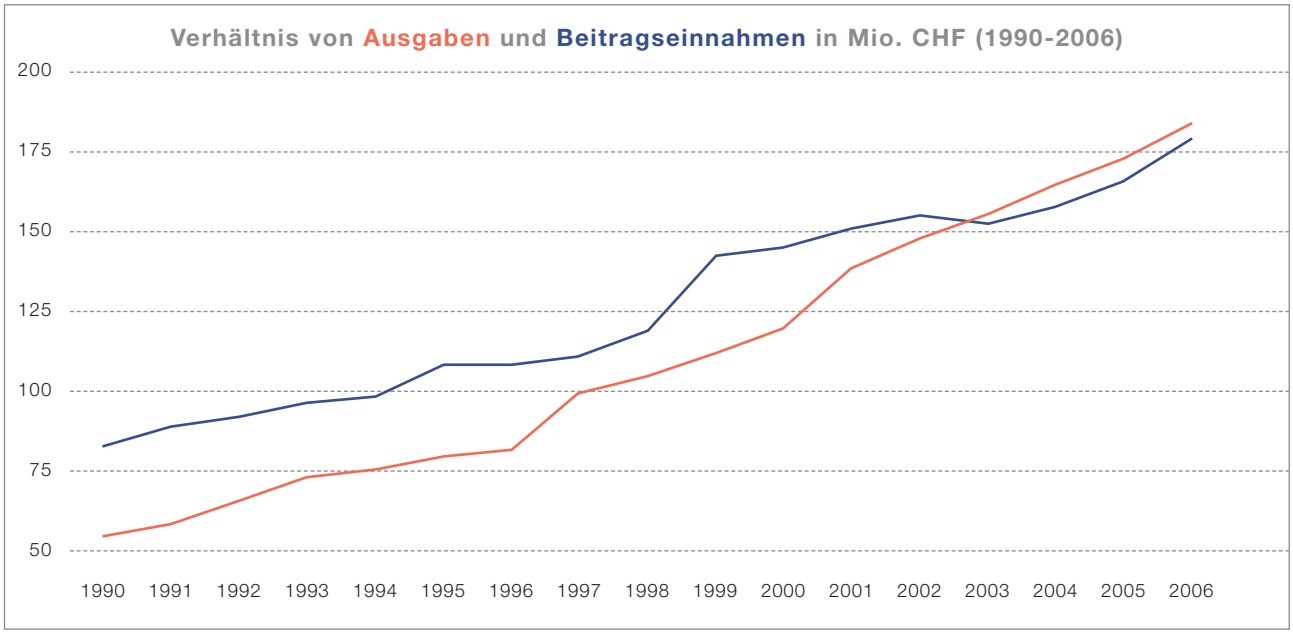
	2002	2003	2004	2005	2006	Änderung zum Vorjahr
Total Altersrenten	10'043	10'709	11'280	11'995	12'632	+ 5.3%
davon Vorbezugsrenten	1'992	2'594	3'054	3'591	4'096	+ 14.1%
	19.8%	24.2%	27.1%	29.9%	32.4%	

3.4 Entwicklung des AHV-Fonds und der Reserven

Nachstehend wird zunächst der Jahreshaushalt der AHV seit 1954 tabellarisch dargestellt. Die Ausgaben und auch die Einnahmen sind kontinuierlich angestiegen (sprunghafte Anstiege sind hier auf Gesetzesänderungen zurückzuführen). Die Kapitalerträge sind gewissen Schwankungen in Abhängigkeit von der allgemeinen Entwicklung der Anlagemärkte unterworfen. Nachdem die Kapitalerträge einen entscheidenden Einfluss auf das Gesamtergebnis haben, ist auch das Einnahmentotal jährlichen Veränderungen unterworfen.

in Mio. CHF									
Jahr	Ausgaben	Einnahmen				Kapital			
		Beiträge	Staats-beitrag	Kapital-erträge	Total	Jährl. Ver-änderung	Stand Ende Jahr	Jahres-ausgaben in Reserve	zusätzl. Bewertungs-reserve
1954	0.37	1.15	0.44	0.01	1.60	1.23	1.23	3.32	
1955	0.40	1.29	0.44	0.05	1.78	1.38	2.61	6.53	
1956	0.45	1.48	0.44	0.08	2.00	1.55	4.16	9.24	
1957	0.52	1.67	0.44	0.14	2.25	1.73	5.89	11.33	
1958	0.55	1.82	0.44	0.20	2.46	1.91	7.81	14.20	
1959	0.59	1.94	0.44	0.22	2.60	2.01	9.82	16.64	
1960	0.81	2.27	0.44	0.30	3.01	2.20	12.02	14.84	
1961	0.91	2.75	0.44	0.37	3.56	2.65	14.67	16.12	
1962	0.98	3.06	0.44	0.44	3.94	2.96	17.64	18.00	
1963	1.07	3.37	0.44	0.55	4.36	3.29	20.92	19.55	
1964	1.93	3.85	0.44	0.54	4.83	2.90	23.83	12.35	
1965	2.13	4.14	0.44	0.69	5.27	3.14	26.97	12.33	
1966	2.96	5.00	1.00	0.88	6.88	3.92	30.89	10.44	
1967	3.43	5.26	1.00	1.13	7.39	3.96	34.86	10.16	
1968	3.80	6.03	1.00	1.34	8.37	4.57	39.44	10.38	
1969	5.39	8.08	1.08	1.46	10.62	5.23	44.67	8.29	
1970	5.70	9.72	1.14	1.88	12.74	7.04	51.72	11.02	
1971	6.56	12.18	1.31	2.23	15.72	9.16	60.88	9.28	
1972	7.95	13.37	1.59	2.52	17.48	9.53	70.41	8.86	
1973	14.57	23.77	2.92	3.13	29.82	15.25	85.66	5.88	
1974	15.78	27.97	3.16	4.06	35.19	19.41	105.07	6.66	
1975	19.16	28.21	3.84	5.78	37.83	18.67	123.74	6.46	
1976	20.00	29.74	4.00	6.64	40.38	20.38	144.12	7.21	
1977	22.02	33.26	4.41	6.93	44.60	22.58	166.64	7.57	
1978	23.03	34.41	4.61	7.24	46.26	23.23	189.87	8.24	
1979	24.43	38.16	4.89	7.72	50.77	26.34	216.21	8.85	
1980	29.27	41.77	5.29	9.72	56.78	27.51	243.71	8.33	
1981	27.73	44.44	5.54	13.00	62.98	35.25	279.02	10.07	
1982	31.57	48.27	6.31	13.99	68.57	37.00	316.02	10.01	
1983	33.67	49.37	6.61	14.55	70.53	36.86	352.88	10.48	
1984	38.18	53.02	7.56	15.83	76.41	38.23	391.11	10.24	
1985	40.03	56.29	7.95	18.54	82.78	42.75	433.86	10.84	
1986	42.88	61.53	8.52	20.44	90.48	47.61	481.47	11.23	
1987	40.83	63.86	8.11	11.35	83.32	42.49	523.96	10.38	
1988	47.88	71.82	9.57	25.32	106.58	58.70	582.66	12.17	
1989	49.41	76.82	9.85	26.16	112.83	63.43	646.09	13.08	
1990	54.09	83.02	10.79	11.82	105.64	51.55	697.64	12.90	
1991	59.70	88.48	11.88	45.11	145.46	85.77	783.41	13.12	
1992	66.51	92.30	13.28	53.26	158.83	92.32	875.73	13.17	
1993	72.80	95.86	14.56	50.25	160.67	87.87	963.60	13.24	
1994	75.75	98.95	15.23	42.59	156.77	81.02	1’044.63	13.79	
1995	80.52	107.15	13.44	49.02	169.61	89.11	1’133.74	14.08	
1996	83.55	106.35	15.12	64.34	185.81	102.26	1’236.00	14.79	
1997	99.50	111.55	17.96	95.43	224.94	125.44	1’361.44	13.68	
1998	107.56	119.42	19.44	79.36	218.22	110.66	1’472.10	13.69	
1999	113.17	139.14	20.41	64.73	224.28	111.11	1’583.21	13.99	20.00
2000	118.32	141.50	21.45	73.63	236.58	118.26	1’701.48	14.38	70.00
2001	138.75	150.95	32.14	27.56	210.65	71.90	1’773.38	12.78	16.50
2002	147.50	156.69	33.77	-122.92	67.54	-79.96	1’693.43	11.48	0.00
2003	156.19	153.29	35.50	58.98	247.77	91.58	1’785.01	11.43	50.00
2004	163.10	158.01	36.86	28.28	223.15	60.05	1’845.06	11.31	80.00
2005	172.27	166.59	38.71	148.66	353.96	181.69	2’026.74	11.77	130.00
2006	179.10	177.08	40.18	68.39	285.65	106.74	2’133.29	11.91	160.00

Wie die folgende tabellarische Darstellung zeigt, könnten die laufenden Leistungen nicht allein aus den laufenden Beitragseinnahmen finanziert werden. Im Berichtsjahr konnten mit den Beiträgen 98.9% der Leistungen gedeckt werden (Vorjahr: 96.7%). Der Deckungsgrad der Leistungen durch Beiträge hat sich seit Bestehen der AHV kontinuierlich verändert. Die nachstehende grafische Darstellung zeigt die Entwicklung seit 1990 mit dem Schnittpunkt im Jahre 2003, als die Beitragseinnahmen erstmals weniger hoch waren als die Ausgaben.



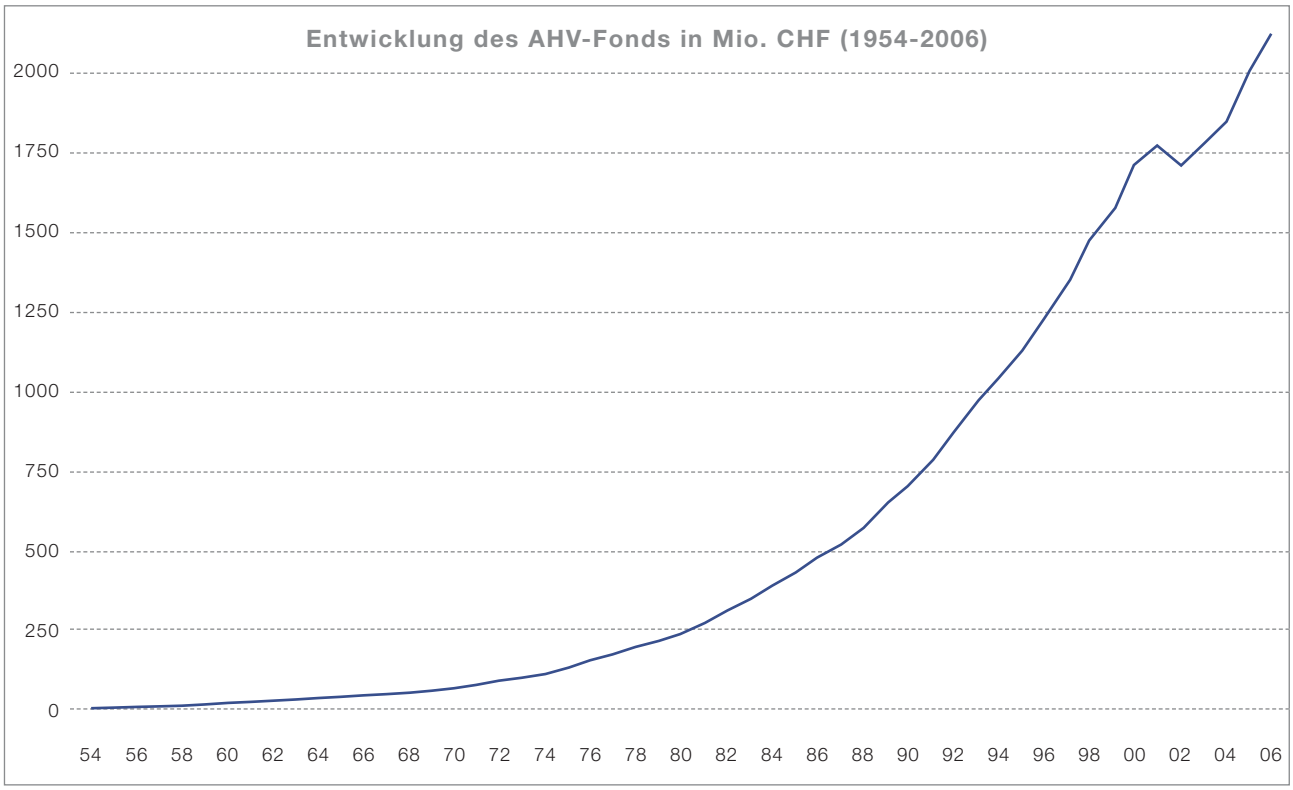
Senkrecht: Beiträge und Leistungen in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1990–2006

Der Staatsbeitrag wird seit Jahrzehnten in Prozenten der Ausgaben bemessen; dies hat zur Folge, dass bei hohen Ausgaben zwingend auch dieser Teil der Einnahmenseite anwächst. Die Entwicklung des Staatsbeitrages verläuft daher parallel zum Anstieg der Ausgaben.

Vermögenserträge sind demgegenüber Schwankungen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Finanzmärkte unterworfen. Der Entwicklung des AHV-Fonds kommt jedoch insgesamt eine entscheidende Bedeutung zu, denn die AHV wird zu einem grossen Teil auch aus Vermögenserträgnissen finanziert. Je länger der Fonds gesund erhalten werden kann, desto länger fliessen diese Vermögenserträgnisse und desto weniger müssen andere Finanzierungsquellen bemüht werden.

Daher ist der Entwicklung des AHV-Fonds ein besonderes Augenmerk zu schenken (bei der FAK ist die Bedeutung des Fonds weniger ausgeprägt; bei der IV hat der Fonds faktisch keinen Einfluss auf die Finanzierung).

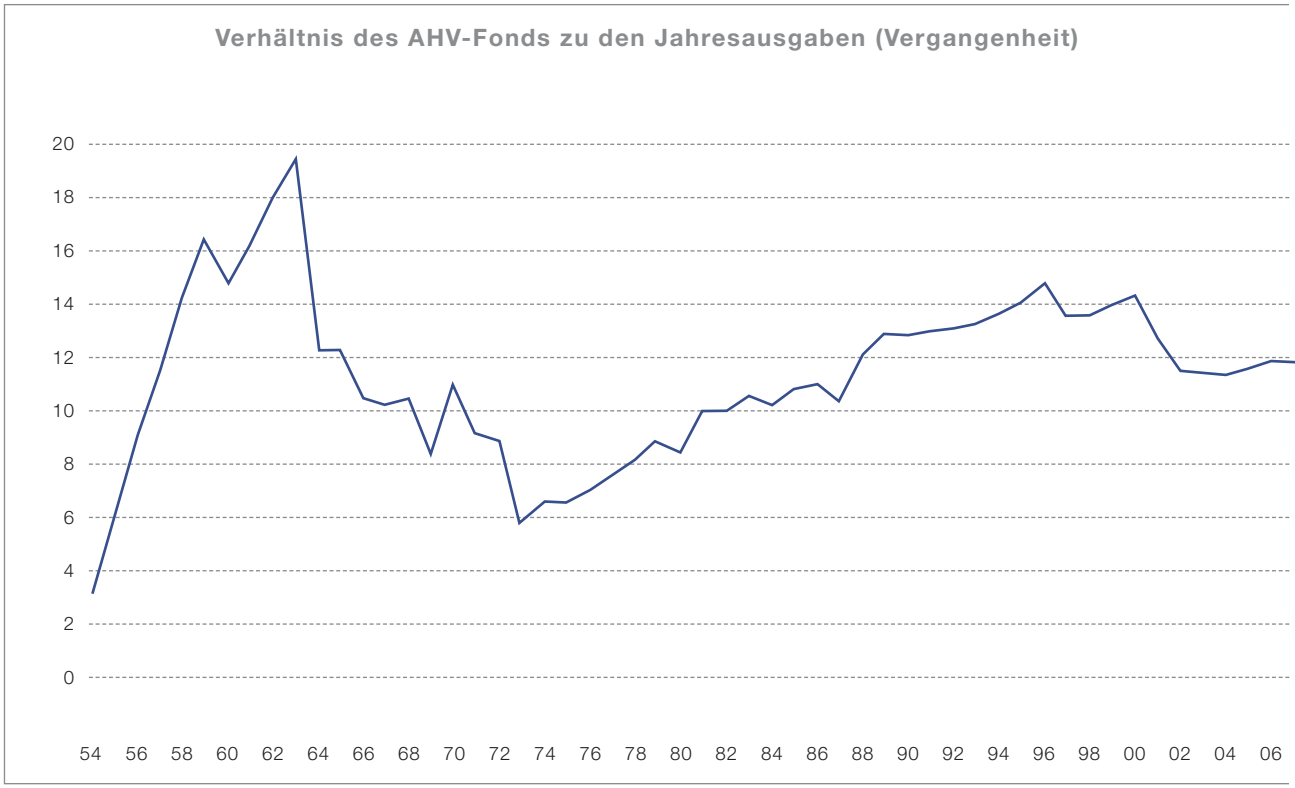
Der AHV-Fonds beläuft sich per 31. Dezember 2006 auf ca. CHF 2'133.29 Mio. (im Vorjahr: ca. CHF 2'026.74 Mio.; jeweils unter Ausserachtlassung der Bewertungsreserve). Die Entwicklung seit 1954 ist nachstehend dargestellt (die Bewertungsreserve ist dabei jeweils nicht mitgerechnet).



Senkrecht: Entwicklung des AHV-Fonds in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1954–2006

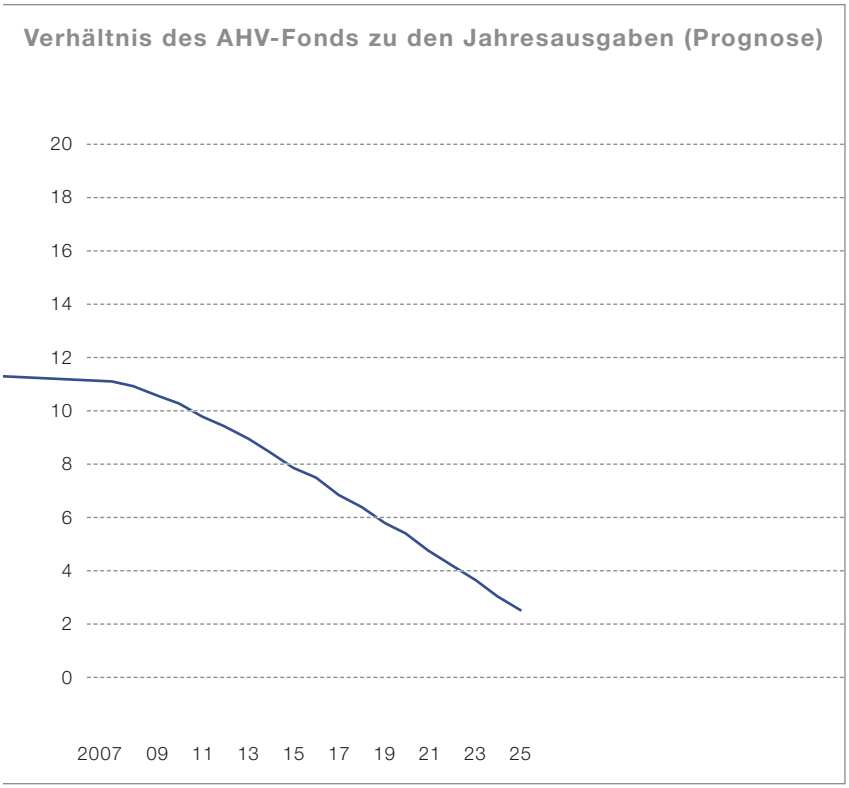
Im Jahre 1969 wurde eine gesetzliche Regelung zur Sicherung der Reserven eingeführt, wonach das Vermögen der Anstalt während eines 20-jährigen Finanzierungsabschnittes im Durchschnitt mindestens das Zehnfache einer Jahresausgabe zu betragen hat und in keinem Jahr unter den achtfachen Betrag der Jahresausgabe sinken darf. 1973 wurde die Regelung geändert: das Vermögen hatte danach mindestens das Fünffache und höchstens das Zehnfache einer Jahresausgabe zu betragen. 1982 wurde die heutige Regelung eingeführt, wonach das Vermögen der Anstalt mindestens das Fünffache einer Jahresausgabe betragen soll.

Die tatsächliche Entwicklung des Fonds im Verhältnis zur jeweiligen Jahresausgabe ist nachstehend seit 1954 grafisch dargestellt. Aktuell weist der AHV-Fonds 11.91 Jahresausgaben in Reserve auf (Vorjahr: 11.77 Jahresausgaben in Reserve).



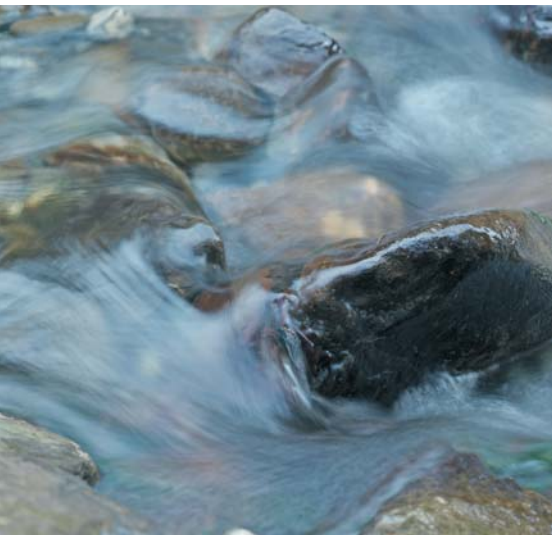
Senkrecht: Jahresausgaben in Reserve; waagrecht: Zeitachse 1954-2006

Nach gesetzlicher Regelung ist mindestens alle fünf Jahre eine versicherungstechnische Prüfung vorzunehmen. Die jüngste versicherungstechnische Prüfung aus dem Jahre 2005 (vgl. auch den Jahresbericht 2005 auf S. 7) beginnt mit dem Jahr 2004. Derartige Prognosen hängen stark von den über einen Zeitraum von zukünftigen zwanzig Jahren gewählten Parametern ab (Lohndynamik, Teuerung, Vermögensrendite usw.) und werden daher naturgemäss von der tatsächlichen Entwicklung abweichen, wenn diese Entwicklung eine andere Wendung nimmt. Die Prognose zeigt aber, dass die AHV ihre Verpflichtungen über die nächsten 20 Jahre erfüllen kann. Es ergibt sich allerdings auch ein Trend, wonach die Reserven der AHV langfristig kleiner werden. Unter den in der versicherungstechnischen Prüfung gewählten Prämissen würden die Reserven längerfristig sinken; ab dem Jahr 2020 stünden nur noch fünf Jahresausgaben in Reserve zur Verfügung. Weitere fünf Jahre später, im Jahre 2025, wären weniger als drei Jahresausgaben vorhanden.



Senkrecht: Jahresausgaben in Reserve; waagrecht: Zeitachse 2007-2025

4 > Invalidenversicherung



4.1 Jahresergebnis

Wie in der Jahresrechnung ausgeführt, schliesst die IV das Berichtsjahr mit einem Überschuss von ca. CHF 0.46 Mio. ab. Die Ausgaben erreichten ca. 53.44 Mio. (unter Abzug von Rückerstattungsforderungen und Verrechnungen). Die Einnahmen von ca. CHF 53.90 Mio. bestehen aus Beiträgen der Versicherten und Arbeitgebern sowie dem Staatsbeitrag (Vermögenserträge sind bei der IV kaum nennenswert). Für Einzelheiten zum Jahresergebnis wird auf die Jahresrechnung und die dort angeführten Erläuterungen verwiesen.

Bemerkenswert ist, dass die Ausgaben, die auf den grossen Posten „Renten“ entfallen, insgesamt leicht abgenommen haben.

4.2 Rechtsentwicklung im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr wurde der Beitragssatz von 1.2% auf 1.5% erhöht. Zugleich wurde die Höhe des Staatsbeitrages grundsätzlich auf 50% des jährlichen Gesamtaufwandes festgesetzt, wobei der Staatsbeitrag aber reduziert wird, wenn das IV-Vermögen auf über 5% des jährlichen Gesamtaufwandes anwächst.

Im Bereich der zwischenstaatlichen Instrumente sind für das Berichtsjahr keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

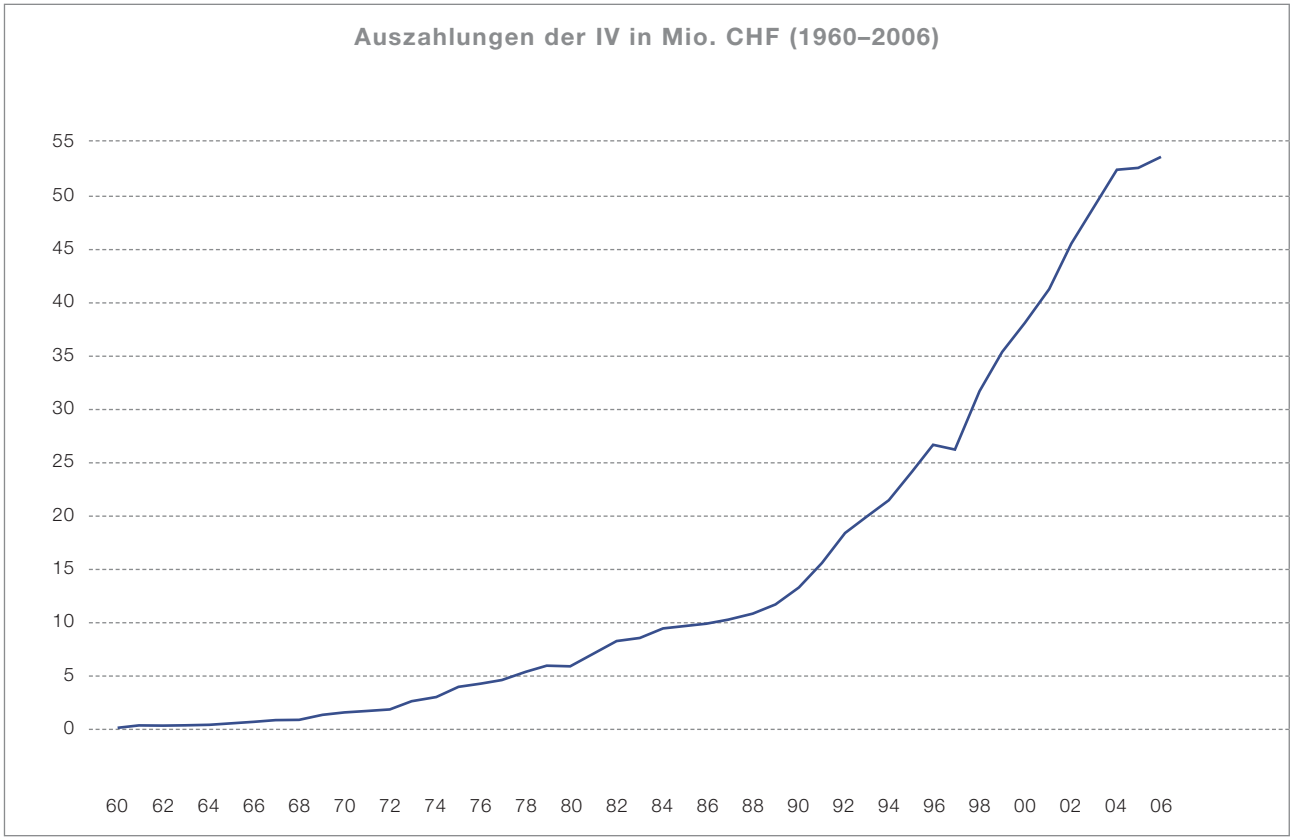
Für das nächstfolgende Berichtsjahr 2007 wird die Rentenerhöhung sowie die vom Hohen Landtag am 25. Oktober 2006 beschlossene Gesetzesnovelle zur finanziellen Konsolidierung der IV zu beachten sein (durch die IVG-Novelle ergeben sich recht grosse finanzielle Auswirkungen, v.a. im Bereich der Korrektur der Kinderrenten).

4.3 Statistische Auswertungen

Auszahlungen insgesamt

Bei den Auszahlungen entfällt der grösste Teil auf Renten (ca. 78.4%; vgl. die Erläuterungen zur Betriebsrechnung IV).

Die im Jahr 2006 ausbezahlten Leistungen (unter Berücksichtigung von Renten, Eingliederungsmassnahmen, kollektiven Leistungen sowie Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen) belaufen sich auf CHF 53.44 Mio. (im Vorjahr: CHF 52.61 Mio.). Die Entwicklung seit 1960 ist nachstehend dargestellt.



Senkrecht: Auszahlungen in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1960-2006

Rentenbestand

Hinsichtlich der verschiedenen Leistungsarten der IV bietet der Rentenbestand die wohl wichtigste Kennziffer (Stand der Dezemberauszahlung 2006).

	2002	2003	2004	2005	2006	Änderung zum Vorjahr
Ganze Invalidenrenten	1'417	1'554	1'649	1'746	1'753	+ 0.4%
Halbe Invalidenrenten	325	335	358	377	416	+ 10.3%
Viertel Invalidenrenten	47	52	55	64	76	+ 18.8%
Kinderrenten	708	793	856	892	854	– 4.3%
Zusatzrenten für Ehefrauen	228	199	171	139	125	– 10.1%
Total	**2'725**	**2'933**	**3'089**	**3'218**	**3'224**	**+ 0.2%**

Die übergangsrechtlich noch geleisteten Zusatzrenten für Ehefrauen von invaliden Männern werden auf Grund der Gesetzesnovelle vom 25. Oktober 2006 ab 1. Januar 2007 zum grössten Teil entfallen (lediglich für zwei „Übergangs-Jahrgänge" kommen noch Zusatzrenten in Frage).

Weitere Kennziffern sind nachstehend tabellarisch dargestellt. Um Missverständnisse zu vermeiden, ist darauf hinzuweisen, dass sich die jährliche Veränderung der Gesamtzahl der Rentner nicht aus der Differenz zwischen Rentenzusprachen und Rentenaberkennungen ableiten lässt (es sind auch weitere Mutationen zu berücksichtigen, wie z. B. der altersbedingte Wechsel von der IV-Rente zur Altersrente).

	2002	2003	2004	2005	2006	Änderung zum Vorjahr
Rentenzusprachen bei Neuanträgen	334 72%	338 70%	381 65%	315 59%	310 55%	– 1.6%
Rentenabweisungen bei Neuanträgen	127 28%	144 30%	207 35%	217 41%	251 45%	+ 15.7%
Total	461 100%	482 100%	588 100%	532 100%	561 100%	+ 5.5%
Beschlüsse zur Heraufsetzung laufender Rentenstufen	50	39	39	33	21	– 36.4%
Beschlüsse zur Beibehaltung laufender Rentenstufen	305	379	448	516	477	– 7.6%
Beschlüsse zur Herabsetzung laufender Rentenstufen	15	11	12	16	31	+ 93.8%
Beschlüsse zur Aberkennung laufender Renten	12	12	19	14	28	+ 100.0%

Rentenzahlungen

Ungefähr die Hälfte der Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger wohnt im Ausland. Im Dezember 2006 wurden 2'245 Invalidenrenten ausgerichtet (ohne Kinderrenten, ohne Zusatzrenten für die Ehefrau); dabei wohnten 1'168 Personen in Liechtenstein (52.0%) und 1'077 Personen im Ausland (48.0%); im Dezember 2005 lag das Verhältnis bei 1'156 Personen (52.9%) zu 1'031 Personen (47.1%). Diese im internationalen Vergleich ungewöhnliche Situation widerspiegelt ähnlich wie bei der AHV den liechtensteinischen Arbeitsmarkt. Die im Ausland wohnhaften Personen haben jedoch in aller Regel keine lückenlose Versicherungsdauer in Liechtenstein, da sie einen Teil ihrer Versicherungskarriere in anderen Staaten haben. Das Total der ins Ausland ausgerichteten Rentenbeträge ist daher entsprechend tiefer als das Total der Inlandzahlungen (nachstehend in CHF). Es zeigt sich auch hier eine der AHV ähnliche geografische Verteilung der Zahlungen (ein direkter Vergleich zur AHV sollte jedoch nicht gezogen werden).

Total der IV-Rentenzahlungen: geografische Verteilung

Länder	2002	2003	2004	2005	2006	2006 in CHF
Liechtenstein	72.9%	75.1%	75.3%	75.0%	74.1%	32'018'022
Österreich	14.7%	12.2%	12.3%	11.1%	11.6%	4'998'789
Schweiz	8.4%	8.8%	8.7%	9.1%	9.1%	3'945'425
Übriges Ausland	4.0%	3.9%	3.7%	4.8%	5.2%	2'243'245
Total	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%	**43'205'481**

4.4 Entwicklung des IV-Fonds und der Reserven

Der IV-Fonds ist gesetzlich nach oben hin begrenzt. Er darf aufgrund der im Berichtsjahr eingeführten Gesetzesnovelle 5% des jährlichen Gesamtaufwandes nicht überschreiten. Der Staatsbeitrag beträgt zwar grundsätzlich 50% des Gesamtaufwandes; erzielt die IV jedoch finanziell ein gutes Jahresergebnis, so erfolgt eine Reduktion des Staatsbeitrages. Von dieser Regelung hat der Staat im Berichtsjahr 2006 profitieren können (der Staatsbeitrag liegt bei 35.9%; vgl. auch die Erläuterungen zur Betriebsrechnung IV).

Eine Äufnung von Reserven ist in dieser Situation nicht möglich. Der vom Gesetzgeber beschlossene Verzicht auf die Äufnung von IV-Reserven kann zur Folge haben, dass die IV trotz jahrelang guten finanziellen Abschlüssen sehr schnell wieder in eine prekäre Situation geraten könnte, wenn die Ausgaben nur schon in einem einzelnen Jahr stark ansteigen, beispielsweise durch einen vorübergehenden Anstieg der Ausgaben im Bereich der kollektiven Leistungen ausgelöst durch Subventionen an einmalige Bauvorhaben von Behindertenorganisationen (für den Jahresabschluss 2006 wurde auf die Bildung von Rückstellungen verzichtet; die Entwicklung wird aber weiterhin aufmerksam zu beobachten sein). Im Extremfall könnte sogar die Situation eintreten, dass bei einem besonders positiven Jahresabschluss die IV ihr Vermögen reduzieren müsste, anstatt es zu erhöhen.

5.1 Jahresergebnis

Wie in der Jahresrechnung ausgeführt, schliesst die FAK das Jahr 2006 mit einem Überschuss von ca. CHF 5.06 Mio. ab (darüber hinaus wurde zusätzlich die Bewertungsreserve um CHF 1.0 Mio. erhöht). Die Einnahmen (ca. CHF 51.99 Mio.) bestehen aus Beiträgen der Arbeitgeber, der Selbständigerwerbenden und der Nichterwerbstätigen sowie den Vermögenserträgnissen. Die Arbeitnehmer und der Staat entrichten keine Beiträge. Für den Staat besteht lediglich eine auf absehbare Zeit nicht benötigte Defizitgarantie. Die Ausgaben belaufen sich auf ca. CHF 46.93 Mio. (unter Abzug von Rückerstattungsforderungen und Verrechnungen). Für Einzelheiten zum Jahresergebnis wird auf die Jahresrechnung und die dort angeführten Erläuterungen verwiesen.

5.2 Rechtsentwicklung im Berichtsjahr

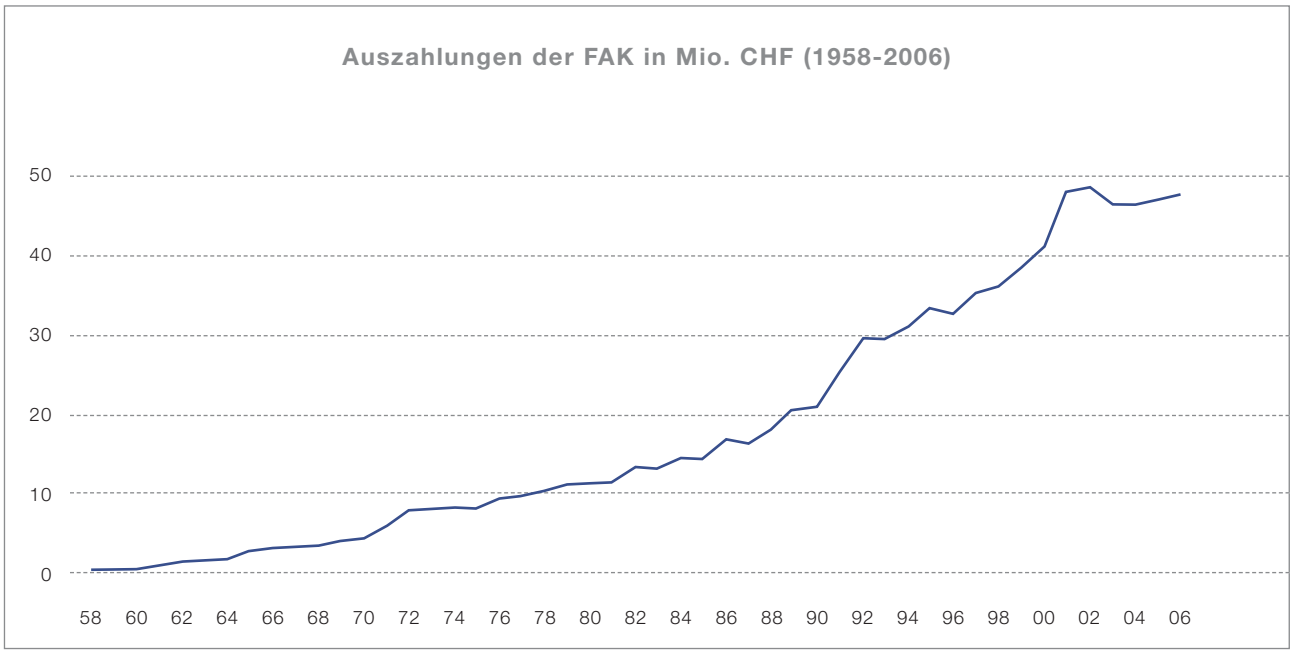
Im Berichtsjahr sind keine Änderungen des Gesetzes über die Familienzulagen oder der dazu erlassenen Verordnung in Kraft getreten. Auch im Bereich der zwischenstaatlichen Instrumente sind keine nennenswerten Änderungen zu verzeichnen.

5.3 Statistische Auswertungen

Es ist im Bereich der FAK schwierig, aussagekräftiges statistisches Zahlenmaterial zu erheben. Das verwendete System ist technisch veraltet; eine Ablösung des Systems ist in Ausarbeitung. Die Auswertungen werden auch dadurch erschwert, dass ein Grossteil der Auszahlungen an die Arbeitgeber geht, welche diese dann an ihre Arbeitnehmer weiterleiten.

Von den Auszahlungen entfallen weit über 90% auf die monatlichen Kinderzulagen und der Rest auf die zusätzlich monatlich ausgerichteten Alleinerziehendenzulagen und die einmaligen Geburtszulagen. Der Differenzausgleich ist dabei jeweils in den einzelnen drei vorgenannten Leistungsarten integriert. Der Differenzausgleich kommt zur Ausrichtung, wenn bei einem zwischenstaatlichen Sachverhalt ein ausländischer Staat vorrangig für die Leistungsausrichtung zuständig ist. Sofern in einem solchen Fall Liechtenstein subsidiär zuständig ist, wird liechtensteinischerseits nur die Differenz zwischen den tieferen ausländischen und den höheren liechtensteinischen Leistungen ausgerichtet.

Das Total der Auszahlungen seit 1958 ist nachstehend grafisch dargestellt.



Senkrecht: Auszahlungen der FAK in Mio. CHF; waagrecht: Zeitachse 1958–2006

Im Berichtsjahr wurde im Zusammenhang mit der Interpellationsbeantwortung Nr. 113/2006 der Regierung an den Landtag betreffend Familie und Beruf in Liechtenstein eine spezielle Auswertung vorgenommen. Zum Stichtag (Oktoberauszahlung) wurden 6'453 Bezüger und 12'571 Kinder (4'896 im Ausland und 7'675 im Inland) gezählt. Die Auszahlung belief sich auf ca. CHF 3.5 Mio. (exakt CHF 3'481'762); davon ca. CHF 2.1 Mio. (abgerundet) bzw. 60% für Kinder im Inland und ca. CHF 1.4 Mio. (aufgerundet) bzw. 40% für Kinder im Ausland. Die Auszahlung belief sich im Schnitt auf CHF 273 pro Kind. Bei dieser Auswertung waren Kinderzulagen, Geburtszulagen und Alleinerziehendenzulagen enthalten. Nicht enthalten waren die in der Praxis ein Mal jährlich anfallenden Differenzausgleichszahlungen (Differenzausgleich kann sowohl in Liechtenstein wohnhafte Bezüger mit Arbeitsort im Ausland als auch im Ausland wohnhafte Bezüger mit Arbeitsort in Liechtenstein betreffen).

Weitere Auswertungen sind nachstehend ausgeführt (eine lückenlose Erfassung fünf Jahre rückwirkend ist auf Grund fehlenden Datenmaterials nicht möglich).

Anzahl Bezüger von Familienzulagen (Schnitt pro Monat)

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Total Bezüger	6'400	6'201	6'538	6'585	6'593	+ 0.1%
davon Bezüger im Inland	-	-	-	-	4'162	
davon Bezüger im Ausland	-	-	-	-	2'431	
Alleinerziehende (In- und Ausland)	590	635	646	627	705	+ 12.4%
Total Kinder	-	-	11'748	11'808	11'693	– 1.0%
davon Kinder im Inland	-	-	-	-	7'259	
davon Kinder im Ausland	-	-	-	-	4'434	
Kinder/Alleinerziehende (In- und Ausland)	896	946	973	1'016	1'073	+ 5.6%
Familienstruktur						
Familien mit 1 Kind	-	-	2'672	2'678	2'766	
Familien mit 2 Kindern	-	-	2'784	2'835	2'777	
Familien mit 3 Kindern	-	-	863	867	858	
Familien mit 4 Kindern	-	-	184	177	166	
Familien mit 5 Kindern	-	-	28	18	21	
Familien mit 6 Kindern	-	-	6	9	5	
Familien mit 7 Kindern	-	-	1	1	0	

5.4 Entwicklung des FAK-Fonds und der Reserven

Der Fonds hat für die Finanzierung der FAK nicht dieselbe grosse Bedeutung, wie dies bei der AHV der Fall ist. Im Jahre 2005 allerdings hätte die FAK sich aus den Beitragseinnahmen allein nicht finanzieren können. Es bedurfte der Vermögenserträgnisse, um die Rechnung 2005 positiv gestalten zu können. Im Jahre 2006 hingegen genügten bereits die Beitragseinnahmen (ohne Vermögenserträgnisse), um die Leistungen zu finanzieren (Betriebsergebnis ohne Vermögenserträgnisse: ca. CHF 1.99 Mio.).

Eine bestimmte Mindestgrösse ist für den FAK-Fonds im Unterschied zum AHV-Fonds nicht vorgesehen. Der Staat würde jedoch das Defizit der FAK zu tragen haben, wenn die Reserven unter eine Jahresausgabe sinken. Aktuell betragen die Reserven 1,97 Jahresausgaben. Eine Äufnung des FAK-Fonds ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Es sollte jedoch auf der anderen Seite auch vermieden werden, dass die FAK langfristig mehr ausgibt, als sie einnimmt. Die Finanzplanung im Bereich der FAK ist nicht so kurzfristig konzipiert wie bei der IV (welche keine Reserven hat), jedoch auch nicht so langfristig wie bei der AHV. In dieser Situation genügt eine Betrachtung der letzten fünf Jahre.

6.1 Jahresergebnis der Verwaltungskostenrechnung

Wie in der Jahresrechnung ausgeführt, schliesst die Verwaltungskostenrechnung das Jahr 2006 mit einem Überschuss von ca. CHF 846'000 ab.

Die Haupteinnahmen stellen die Verwaltungskostenbeiträge dar. Diese werden von den Arbeitgebern, den Selbständigerwerbenden und den Nichterwerbstätigen geleistet. Arbeitnehmer entrichten keine Verwaltungskostenbeiträge.

Die Verwaltungskostenbeiträge werden als Zuschlag zu den eigentlichen AHV-IV-FAK-Beiträgen erhoben. Die IV erhebt die geringsten Versicherungsbeiträge und somit auch die geringsten Verwaltungskostenbeiträge. Sie hat aber naturgemäss den grössten Personal- und Abklärungsaufwand. Nachdem die Verwaltungskostenrechnung der IV seit jeher mit einem Defizit abschliessen muss, beteiligt sich im Bereich der IV auch der Staat an den Verwaltungskosten.

Aktuell beträgt der Verwaltungskosten-Beitragssatz 4% der eigentlichen Versicherungsbeiträge (dessen historische Entwicklung: ab 1954 Tragung der Verwaltungskosten durch den Staat; ab 1964 Tragung der Verwaltungskosten aus dem Anstaltsvermögen; ab 1966 Einführung eines gesonderten Verwaltungskosten-Beitragssatzes in Höhe von zusätzlichen 5% zu den eigentlichen Versicherungsbeiträgen; ab 1973 Senkung des Verwaltungskosten-Beitragssatzes auf 4%; 1976 Senkung des Verwaltungskosten-Beitragssatzes für ein Jahr auf 2%; ab 1977 Erhöhung des Verwaltungskosten-Beitragssatzes auf 3%; ab 2000 Erhöhung des Verwaltungskosten-Beitrages auf 4%).

6.2 Personelles

Ein zentrales Ereignis im Berichtsjahr war der Wechsel von Direktor Gerhard Biedermann in seinen aktiven Ruhestand. Die weiteren tragenden personellen Entwicklungen sind im Kapitel „2. Organisation“ dargestellt. Verschiedene Einzelheiten sind nachstehend tabellarisch aufgeführt.

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Stellen zu 100% (31.12.)	51.6	54.0	57.3	57.5	58.6	+ 1.9%
Personalbestand total (31.12.)	55	59	62	63	66	+ 4.8%
Vollzeit	48	49	52	52	48	
Teilzeit	7	10	10	11	14	
Lernende/Praktikanten	4	4	4	4	4	
Durchschnittsalter (31.12.)	-	-	37.5	38.5	38.4	
Durchschnittliche Dienstjahre (31.12.)	-	-	-	-	8.8	
Eintritte (Berichtsjahr; Anzahl Personen)	6	10	5	5	6	
Austritte (Berichtsjahr; Anzahl Personen)	3	4	3	6	5	

Die meisten Angaben beziehen sich dabei auf den Stichtag „31. Dezember“ des jeweiligen Jahres. Auch vorübergehende Aushilfen, die am Stichtag 31. Dezember beschäftigt werden, scheinen mit auf. Dabei kann es vorkommen, dass eine einzelne Planstelle am 31. Dezember faktisch nicht besetzt oder vorübergehend doppelt besetzt ist (am Stichtag 31. Dezember 2006 sind auf diese Weise 1.5 Stellen mitberücksichtigt, die am 1. Januar 2007 weggefallen sind; weitere 0.25 Stellen sind im Februar 2007 weggefallen). Beim Durchschnittsalter und der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit am Stichtag werden Lernende, Praktikanten, Aushilfen und in Teilzeit beschäftigte Personen als ganze Einheit mitgerechnet (die Zahl hinter dem Komma entspricht nicht Monaten, sondern 1/10 eines Jahres). Die „Ein- und Austritte“ beziehen sich auf das ganze Berichtsjahr; der Beginn einer Lehre oder eines Praktikums wird als Eintritt gezählt (der allfällige Wechsel von einer Lehre in ein festes Anstellungsverhältnis wird somit nicht als neuer Eintritt gezählt); die Beendigung der Lehre ohne Weiterbeschäftigung wird als Austritt gezählt; auch kurzfristige, aushilfsweise Beschäftigung wird als Ein- und Austritt gezählt; auch Teilzeit-Pensen werden beim Ein- oder Austritt als ganze Stellen erfasst.

Ein erfreuliches Ereignis stellen jeweils die Dienstjubiläen und die Lehrabschlüsse dar.

Dienstjubiläen

Amann Monika (5 Jahre)
Haas Heinrich (15 Jahre)
Huber Reto (5 Jahre)
Marxer Lydia (5 Jahre)
Schädler Harald (15 Jahre)
Walser Claudia (5 Jahre)
Wohlwend Roman (5 Jahre)

Lehrabschlüsse

Jehle Alexandra
Lemmenmeier Sarah

Eintrag der Praktikantin Sarah Lemmenmeier ins Goldene Buch auf Schloss Vaduz, S. D. Erbprinz Alois

6.3 Einzelheiten aus der Verwaltung

Die Hauptarbeit der Verwaltung besteht aus dem **Tagesgeschäft** (Beitragsinkasso, Festsetzung und Ausrichtung von Leistungen). Verschiedene Einzelheiten aus der Verwaltung (soweit sie sich nicht ohnehin bereits in den vor- und nachstehenden Kapiteln über die AHV, IV, FAK sowie die übertragenen Aufgaben ergeben) werden nachstehend kurz beleuchtet.

Der Wechsel des bisherigen Rechtsdienst-Leiters und Stv. Direktors Walter Kaufmann (Mauren) in die Position des Direktors hatte im Berichtsjahr verschiedene wichtige **Stellen-Neubesetzungen** zur Folge. Diese erfolgten durch bewährte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem bestehenden Kreis des Personals. Harald Schädler (Triesenberg) als Leiter der Abteilung „Zentrale Dienste“ versieht neu zusätzlich auch die Aufgaben eines Stv. Direktors (neben dem bereits seit 1997 mit dieser Position bekleideten Heinz Ritter, Schaanwald). Der bisherige Stv. Rechtsdienst-Leiter Jürgen Seeliger (Trimmis) übernahm die Leitung des Rechtsdienstes. Harry Hasler-Maier (Eschen) wurde zum Stv. Rechtsdienstleiter bestellt.

Zuletzt wurde innerhalb der Abteilung Zentrale Dienste neu auch das Team „Finanz- und Rechnungswesen“ gebildet; als Teamleiterin und Stv. Abteilungsleiterin wurde Monika Amann (Vaduz) eingesetzt (im Bereich der IT bleibt die Stellvertretung des Abteilungsleiters weiterhin bei Alois Blank, Gamprin-Bendern).

Die im Bereich der **Informatik** immer noch verwendeten HOST-basierten Fachapplikationen sind veraltet. Sie werden in einem gross angelegten Projekt (VISTA) seit 2002 zusammen mit 17 schweizerischen Sozialversicherungsanstalten bzw. „AHV-Ausgleichskassen“ (IGS, Informatikgesellschaft für Sozialversicherungen GmbH mit Sitz in St. Gallen) durch eine moderne für die speziellen Bedürfnisse im Bereich der AHV, IV usw. massgeschneiderte Lösung ersetzt. Dieses Projekt VISTA wurde bereits im letzten Jahresbericht dargestellt (die Namensgleichheit mit einem vollkommen anderen, allgemein verwendeten Software-Programm ist im Übrigen rein zufällig). Schwierigkeiten mit der ursprünglichen Herstellerfirma hatten das Projekt gefährdet. Mit dem 2005 erfolgten Wechsel zu IBM konnten die Arbeiten aber fortgeführt werden. Ursprünglich war mit IBM die Einführung von VISTA für das Berichtsjahr 2006 vorgesehen. Es wäre jedoch nicht zu verantworten gewesen, durch einen überhasteten Abschluss den Erfolg des Gesamtprojektes erneut zu gefährden, sodass der Projektplan in der Zwischenzeit nochmals überarbeitet wurde. Nach dieser zweiten Neuplanung ist die vollständige Ablösung des bisherigen Systems gegen Ende 2008 vorgesehen. Für die Verwaltung geht die Verzögerung mit einer zeitlich längeren und im Vergleich zum ursprünglichen Projektplan auch grösseren Beanspruchung personeller Ressourcen einher (die ganzen Prozessabläufe müssen im EDV-System hinterlegt werden). Diesem Mehraufwand steht jedoch ein umso grösserer Mehrwert in Form einer endgültig ausgereiften, modernen und benutzerfreundlichen IT-Lösung gegenüber.

Die **Öffentlichkeitsarbeit** umfasste wie in den Vorjahren neben breit gestreuten Informationen (Merkblätter, Rundschreiben, Internet Website www.ahv.li) wiederum vier in Vaduz durchgeführte internationale Sprechtage mit individueller Beratung durch Experten der österreichischen Pensionsversicherung, der deutschen Rentenversicherung sowie der schweizerischen AHV. Selbstverständlich nahmen auch die Mitarbeiter der AHV-IV-FAK-Anstalten an diesen internationalen Sprechtagen teil. Sie standen ausserdem auch für vergleichbare Anlässe im Ausland zur Verfügung. Sofern es rein um Fragen der liechtensteinischen AHV geht, gehören individuelle Beratungen zum Tagesgeschäft; Rentenberatung erfolgt durch alle Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter des Teams „Leistungen“ innerhalb der AHV; ein Mitarbeiter ist sogar ausschliesslich für den Bereich der Rentenberatung abgestellt. Darüber hinaus standen die Mitarbeiter aber auch im Berichtsjahr wie bereits in den Vorjahren den verschiedenen Verbänden und Schulen (Hochschule) für Referate und Schulungen zur Verfügung.

Einen aussertourlichen Effort verlangte die **Neuberechung der**

Leistungen als Folge der vom Hohen Landtag am 25. Oktober 2006 beschlossenen Gesetzesnovelle (Konsolidierung der IV). Zusätzlich zu der auf 1. Januar 2007 erfolgenden teuerungsbedingten Rentenerhöhung war der Leistungsbestand insgesamt auch auf die vom Landtag beschlossenen Korrekturen zu durchforsten (Herabsetzung der Kinderrenten, Aufhebung bzw. Neufestsetzung der laufenden Zusatzrenten für die Ehefrau im Bereich der IV) und die entsprechenden Zahlungen mussten neu festgesetzt werden. Insgesamt ging es dabei im Wesentlichen um 1'145 Kinderrenten und 125 Zusatzrenten. Die entsprechenden Leistungen wurden trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit termingerecht per Januar 2007 neu festgesetzt. Für das Berichtsjahr 2006 ergeben sich keine finanziellen Auswirkungen (Einsparungen). Entsprechende Mehrarbeit ergab sich dadurch auch im Bereich der Ergänzungsleistungen; die Herabsetzung der Kinderrenten sowie die Aufhebung der Zusatzrenten für die Ehefrau führte konsequenterweise in manchen Fällen auch zur Neuberechnung der Ergänzungsleistungen.

Weitere ausgewählte Einzelheiten sind nachstehend statistisch erfasst. Dazu ist aber wiederum zu bemerken, dass einzelne der ausgewerteten Zahlen Momentaufnahmen darstellen. Ausserdem können gerade bei vergleichsweise kleinen Verhältnissen auch geringe absolute Zu- oder Abnahmen bei einem Vergleich mit dem Vorjahr in unverhältnismässig hohen prozentualen Schwankungen resultieren. Diese Grundsätze sind bei der Betrachtung der Auswertungen stets zu beachten.

Der Stand der Abrechnungspflichtigen nimmt jeweils eine voraussehbare Entwicklung, wie nachstehende Auflistung zeigt. Die Zahl der einzelnen Abrechnungspflichtigen pro Kategorie lässt jedoch keinen direkten Rückschluss auf das Beitragsvolumen pro Kategorie zu (1954 lag das Verhältnis des Erwerbseinkommens aus unselbständiger zu selbständiger Tätigkeit bei 74% zu 26%; seit ungefähr 1980 macht das Total des Erwerbseinkommens aus unselbständiger Tätigkeit weit über 90% aus).

Stand der Abrechnungspflichtigen per Ende Berichtsjahr

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Nichterwerbstätige	3'604	3'933	4'184	4'366	4'213	– 3.5%
Arbeitgeber	3'268	3'234	3'320	3'461	3'601	+ 4.1%
Selbständig Erwerbende	1'526	1'646	1'690	1'799	1'795	– 0.2%
Freiwillig Versicherte	74	82	81	85	81	– 4.7%
Total		8'895	9'275	9'711	9'690	– 0.2%

Eine Betrachtung über das Beitragsinkasso-Wesen zeigt im Vergleich der letzten fünf Jahre, dass v. a. die Anzahl der Pfändungsanträge eher rückläufig war.

Mahnungs- und Betreibungswesen

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Mahnungen	8'088	7'051	9'164	6'278	6'415	+ 2.2%
Pfändungsanträge	1'334	1'095	877	634	589	– 7.1%

Im Bereich der Arbeitgeberkontrollen sind häufiger grosse Schwankungen zu erwarten. Grundsätzlich wäre eine Kontrolle für alle Arbeitgeber alle vier Jahre vorgesehen. Das lässt sich jedoch mit dem gegebenen Personalbestand (200 Stellenprozent für Arbeitgeberkontrolle) nicht bewerkstelligen. Die Anzahl der Kontrollen und auch das Ergebnis der falsch abgerechneten Lohnsummen hängt aber nicht nur von den dafür eingesetzten Personalressourcen ab (die im Berichtsjahr reduziert waren). Wichtig sind auch die Grösse und die Zusammensetzung des Kreises der kontrollierten Unternehmen. Bei den vergleichsweise kleinen Verhältnissen Liechtensteins sind daher in diesem Bereich grosse Abweichungen zum Vorjahr nichts Ungewöhnliches. Hinsichtlich der nun präsentierten Zahlen ist ausserdem zu beachten, dass wie schon in den Vorjahren bei einzelnen Betrieben mehrere einzelne Kontrollen durchgeführt wurden (bspw. wenn der Betrieb mehrere einzelne Geschäftssparten aufweist); es können also Doppelzählungen enthalten sein.

Arbeitgeberkontrollen (zu wenig bzw. zu viel abgerechnete Lohnsumme in Mio. CHF)

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Anzahl Kontrollen	169	314	368	311	203	– 35%
zu wenig abgerechnet	7.4	9.6	16.1	21.6	7.0	– 68%
zu viel abgerechnet	1.7	0.9	0.7	3.4	2.0	– 41%
Total	9.1	10.5	16.8	25.0	9.0	– 64%

Die Rechtsmittel gegen die verschiedenen Verfügungen der AHV-IV-FAK-Anstalten zeigen in der Betrachtung der letzten fünf Jahre eine grundsätzlich ansteigende Tendenz. Es ist zu beachten, dass in einzelnen Jahren auch gehäuft Rechtsmittel infolge der im betreffenden Jahr eingeführten Änderungen vorkommen können (so bspw. im Jahr 2003 im Bereich der Familienzulagen und im Jahr 2004 im Bereich der Ergänzungsleistungen). Dies verzerrt sowohl die Gesamtzahl der Beschwerden als auch die Verteilung der Rechtsmittel auf die einzelnen Bereiche. Im Berichtsjahr 2006 stammen ca. 60% der Beschwerden aus dem Bereich Invalidenleistungen; der Rest verteilt sich auf die übrigen Bereiche (dieses Verhältnis entspricht der üblicherweise zu erwartenden Verteilung). Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen aber vor allem auch eine starke Zunahme im Bearbeitungsaufwand, der dadurch entsteht, dass Versicherte vielfach anwaltlich vertreten sind, die einzelnen Rechtsmittelfälle sehr viel häufiger als früher mit verschiedenen Zwischenverfahren verbunden sind (Anträge auf unentgeltliche Verfahrenshilfe usw.) und nicht mehr durch eine verwaltungsinterne Entscheidung, sondern erst durch ein Gerichtsurteil abgeschlossen werden können (z. T. erst nachdem sämtliche Instanzen mehrmals durchlaufen wurden).

Rechtsmittel

	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Anzahl	68	146	138	146	141	– 3%

Der Verwaltungsrat trat im Berichtsjahr zu sieben ordentlichen Sitzungen zusammen. Er behandelte dabei die ihm gemäss Gesetz obliegenden Aufgaben (personelle und grundsätzliche organisatorische Entscheidungen, Beschlussfassung über den jährlichen Verwaltungskostenvoranschlag, Entgegennahme des jährlichen Berichts des Aufsichtsrates, Genehmigung des Jahresberichts des Direktors und der Jahresrechnung, Anlage des Vermögens). Die jeweiligen Geschäfte des Verwaltungsrates werden in Zusammenarbeit zwischen dem Präsidium und der Direktion vorbereitet.

Die bedeutendste Aufgabe des Verwaltungsrates liegt in der Anlage des Vermögens (diesem Bereich ist im vorliegenden Geschäftsbericht ein eigener Abschnitt gewidmet).

Im Berichtsjahr hat der Verwaltungsrat ausserdem bei der Regierung den Antrag auf Neufestsetzung des Rentenindexes (teuerungsbedingte Rentenanpassung) per 1. Januar 2007 gestellt.

Ein aussergewöhnliches Ereignis stellte die Sondersitzung des Verwaltungsrates vom 14. November 2006 dar. Der Verwaltungsrat hatte an diesem Tag die Ehre einer gemeinsamen Sitzung mit der Kollegialregierung. Teilgenommen haben neben allen Regierungsmitgliedern und dem Regierungssekretär der gesamte Verwaltungsrat, der Präsident des Aufsichtsrates, die externen Mitglieder des Anlagefachausschusses sowie die Direktion und der Direktionsassistent. Die Thematik „Finanzielle Sicherheit der AHV“ bildete dabei das wichtigste Thema. Die im Abschnitt „Alters- und Hinterlassenversicherung“ grafisch dargestellte Prognose (aus der von der LCP Libera AG, Zürich, vorgenommenen versicherungstechnischen Prüfung vom 27. Oktober 2005) zeigt eine Entwicklung, bei der die gesetzlich vorgesehene Reservegrösse von fünf Jahresausgaben gefährdet ist. Wenn diese Entwicklung eintrifft, müssten also Änderungen vorgenommen werden, die spätestens ab dem Jahre 2015 Wirkung erzeugen. Für die Überprüfung des Handlungsbedarfs hat die Regierung am 3. April 2007 eine Steuerungsgruppe eingesetzt (bestehend aus Vertretern der Ressorts Soziales und Finanzen, der Stabsstelle Finanzen sowie der AHV).

Sondersitzung des Verwaltungsrats mit der Regierung; Regierungschef Otmar Hasler und VR-Präsident Horst Büchel

8.1 Allgemeines

Im Bereich der IV ist eine eigentliche Anlagetätigkeit nicht möglich.

Im Bereich der AHV und FAK schreibt das Gesetz vor, dass bezüglich der Vermögensanlage die Sicherheit und ein genügender Ertrag, eine angemessene Risikoverteilung sowie die Deckung des voraussehbaren Bedarfs an flüssigen Mitteln (für die Auszahlung der Leistungen) gewährleistet sind. Nähere Vorschriften dazu sind in der von der Regierung erlassenen Anlageverordnung enthalten (bspw. die Begrenzung auf einen Aktienanteil von maximal 40%).

Der Anlagefachausschuss: v. l. Kurt Feller, Daniel Vogt (Verwaltungsratsvizepräsident), Horst Büchel (Verwaltungsratspräsident), Dr. Andreas Reichlin

Die Anlage des Vermögens ist dem Verwaltungsrat übertragen und gehört zu seinen wichtigsten Aufgaben. Für die Zwecke der Vermögensanlage wird das Anlagekapital von AHV und FAK zu einem Pool zusammengefasst (Direktanlagen in Immobilien sind davon ausgeklammert; einzig die AHV und nicht auch die FAK ist Eigentümerin von Immobilien). Der Verwaltungsrat operiert mit einem detaillierten Anlagereglement, das fortlaufend aktualisiert wird. Er nimmt auch die in der Anlageverordnung vorgesehene Möglichkeit zur Bildung eines Fachausschusses wahr. Dem Anlagefachausschuss gehören der Präsident (Horst Büchel) und der Vizepräsident (Daniel Vogt) des Verwaltungsrats sowie zwei externe Fachleute an. Der Fachausschuss wiederum operiert auf der Grundlage recht detaillierter Ausführungsbestimmungen.

Der Verwaltungsrat setzt auf Vorschlag des Anlagefachausschusses regelmässig die Anlagestrategie und das Anlagebudget fest. Die taktische Umsetzung dieser Strategie erfolgt letztlich nicht mehr verwaltungsintern. Bezüglich der grössten Teile des Vermögens werden also verschiedene spezialisierte und ausgewiesene Banken sowie Vermögensverwaltungsinstitute mit der Bewirtschaftung betraut (wie dies in der Anlageverordnung als Möglichkeit vorgesehen ist). Dabei werden für jedes einzelne Mandat (taktische Mandate, indexierte Mandate usw.) die geeigneten Fachleute beauftragt. Eine speziell zu diesem Zweck eingesetzte Controlling-Stelle überwacht die Einhaltung der Vorgaben. Vierteljährlich finden Performance-Besprechungen mit den einzelnen Vermögensverwaltern statt. Der Verwaltungsrat greift auch tatsächlich ein, wenn ein Vermögensverwalter längerfristig die Erwartungen nicht erfüllt.

Eine Besonderheit im Berichtsjahr war das „Dienst-Jubiläum“ eines besonders verdienten Mitglieds des Anlagefachausschusses: Kurt Feller aus Genolier (Kanton Waadt). Der ausgewiesene Finanzfachmann war während seiner Karriere sowohl im Privatbankenbereich als auch für öffentliche Anleger in leitender Stellung tätig (schweizerischer Ausgleichsfonds). Im Dezember 1984 entstanden die ersten Kontakte zur Liechtensteinischen AHV (mit Direktor Gerhard Biedermann sowie später auch mit dem seinerzeitigen Verwaltungsratspräsidenten Dr. Rony Frick). In der Verwaltungsratssitzung vom Dezember 1985 konnte Kurt Feller nach umfangreichen Vorarbeiten seine Studien über die Möglichkeiten zur Verbesserung der Anlagepolitik vorstellen. Die Studie diente als Grundlage für weitere Arbeiten einer Kommission, woraus letztlich die von der Regierung erlassene neue Anlageverordnung vom 7. Oktober 1986 entstand. Kurt Feller wurde 1986 auch formell in den Anlagefachausschuss berufen, in welchem er nun im Berichtsjahr sein 20. Jubiläum erreichte. Seine Pionierarbeit und sein seit Jahren in echter Verbundenheit mit der AHV im Hintergrund geleisteter grosser Einsatz haben ganz entscheidend zum Gelingen dieses Sozialwerks beigetragen. Seit 2005 hat Dr. Andreas Reichlin die operativen Belange im Anlagefachausschuss übernommen. Kurt Feller steht jedoch dem Ausschuss und seinem Kollegen Dr. Reichlin weiterhin als beratendes Mitglied zur Seite.

8.2 Bewertungsgrundsätze

Die vom Verwaltungsrat zuletzt (am 13. Dezember 2006) in den Anlagerichtlinien beschlossenen Bewertungsgrundsätze unterscheiden sich nicht wesentlich von den Bewertungsgrundsätzen gemäss den Anlagerichtlinien vom 1. Oktober 2003. Nachstehend werden die für die Bewertung und Bilanzierung aktuell angewendeten Grundsätze in ihrem Wortlaut wiedergegeben:

- Wertschriften, Kassenobligationen und ähnliche handelbare Anlagen, Edelmetalle, realwirtschaftliche Anrechte, Anlagefonds etc. werden zum Marktwert bilanziert.
- Darlehen sowie andere nicht handelbare Forderungen werden zum Nominalwert in die Bilanz aufgenommen. Falls notwendig, sind angemessene Delkrederere-rückstellungen vorzunehmen.
- Herkömmliche, standardisierte Wandel- und Optionsanleihen werden unter Obligationen verbucht.
- Wertpapiere mit stärkerem Sachwertcharakter werden nach Entscheid des Anlagefachausschusses unter Aktien verbucht.
- Liegenschaften und Bauland werden zu Anschaffungs- oder Herstellkosten unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen bilanziert.
- Zusätzliche Abschreibungen können auch durch Bildung von Amortisations- und Erneuerungsfonds vorgenommen werden.
- Die Bewertung wird pro Bilanzposition gesamthaft vorgenommen. Allfällige Über- bzw. Unterbewertungen innerhalb einer Position werden gegenseitig verrechnet.
- Bei der Bilanzierung sind die Marchzinsen, bewertet zum Kurswert, mitzuberücksichtigen.
- Der AHV-FAK-Fonds strebt eine Bewertungsreserve an. Der Vewaltungsrat entscheidet über die Höhe der Bildung oder Auflösung der Bewertungsreserve.

8.3 Berichtsjahr

Anlagerichtlinien

Im Berichtsjahr wurden die Anlagerichtlinien des Verwaltungsrates und auch die Ausführungsbestimmungen für den Anlagefachausschuss total überarbeitet. Ausserdem wurden wie jedes Jahr bezüglich des Wertschriftenvermögens die Anlagestrategie (bzw. die angestrebte Vermögensstruktur, Strategic Asset Allocation) erneuert und das Anlagebudget neu festgesetzt.

Entwicklung der Finanzmärkte

Das Jahr 2006 kann insgesamt als erfreuliches Anlagejahr bezeichnet werden. Dies trifft insbesondere auf Anleger zu, welche einen Teil ihres Vermögens in Aktien investierten. Im Gegensatz dazu fielen die Erträge auf den Obligationenanlagen bescheiden aus. Währungsverluste belasteten vor allem die Anlagen in US-Dollar und in Yen. Hingegen verzeichneten der Euro und das Pfund gegenüber dem Schweizer Franken einen leichten Aufwärtstrend.

Die Grundlage für ein weiteres ausgezeichnetes Aktienjahr bildeten ein im langfristigen Durchschnitt noch immer tiefes Zinsniveau sowie eine positive Entwicklung der Unternehmensgewinne. Zusätzlich unterstützt wurde diese freundliche Entwicklung durch die hohe Liquidität bei unzähligen Unternehmen und Investoren, welche kontinuierlich in Aktien angelegt wurde. Diverse geopolitische Störfaktoren belasteten das Ergebnis insgesamt nur wenig. In diesem erfreulichen Umfeld legte der Index für Schweizer Aktien (SPI) um rund 21% zu und erreichte neue historische Höchststände. Auch an den ausländischen Aktienmärkten wurden Renditen von durchschnittlich 20% erzielt (MSCI Welt Index). Der Einbruch des Dollars und des Yens im Verlaufe des Jahrs 2006 belastete allerdings dieses erfreuliche Ergebnis, so dass in Schweizer Franken noch eine Rendite von rund 13% resultierte.

Aufgrund des verhältnismässig starken Anstiegs der Kapitalmarktzinsen im ersten halben Jahr standen die Anleihenmärkte massiv unter Druck. Per Ende Juni 2006 wurden in den Hauptmärkten wie der Schweiz, Europa, USA und Japan Höchstwerte ausgewiesen. Im dritten Quartal bildeten sich die Zinsniveaus infolge nachlassender Inflationsängste und konjunktureller Zweifel wieder leicht zurück. Insgesamt resultierten damit nur moderat höhere Kapitalmarktzinsen. Die kurzfristigen Zinsen sind über das ganze Jahr aufgrund der fortgesetzten Straffung der Geldpolitik durch die wichtigsten Notenbanken weiter gestiegen. Im US-Dollar lagen sie per Ende Jahr sogar höher als die langfristigen Zinsen (inverse Zinsstruktur). In diesem Marktumfeld konnte mit CHF-Obligationen (Swiss Bond Index) nur eine bescheidene Rendite von rund 0.3% erzielt werden. Auf Fremdwährungsobligationen (Merrill Lynch Global Broad Market Plus Index) fiel die Rendite aufgrund der Währungsverluste sogar leicht negativ aus (rund – 1.3%).

Entwicklung des Wertschriften-Portefeuilles (AHV und FAK)

Der FAK-Fonds wird zusammen mit dem Wertschriftenportefeuille der AHV bewirtschaftet (die AHV, nicht jedoch die FAK, hat zudem noch Direktanlagen in Immobilien in Liechtenstein). Das Ergebnis des Wertschriftenportefeuilles wird jeweils Ende Jahr prozentual auf die AHV und die FAK aufgeteilt. Die Performance dieses Portefeuilles erreichte in den letzten Jahren folgende Resultate (jeweils vor Verbuchung von Bewertungsreserven):

2003	6.93%
2004	3.44%
2005	11.09%
2006	4.84%

Der AHV-FAK-Fonds profitierte im Anlagejahr 2006 insbesondere von seinen Aktienanlagen. Die Performance von 4.84% lag damit über jener des Referenzindexes von 4.51% (AHV-Index). Dieses Resultat ist in einem Umfeld steigender Aktienmärkte auf die leichte Übergewichtung der Aktienquote zurückzuführen. Unter Berücksichtigung der steuerlichen Abgaben und der Kosten, welche im Referenzindex nicht berücksichtigt werden, ist dies ein sehr erfreuliches Ergebnis.
Die mit der Umsetzung der Anlagepolitik beauftragten Banken erzielten unterschiedliche Ergebnisse. Während bei den Obligationenanlagen drei der sechs Vermögensverwalter ihren Benchmark schlagen konnten, verzeichneten die aktiv oder taktisch bewirtschafteten Aktienmandate mehr Mühe. Von den vier in diesem Segment eingesetzten Vermögensverwaltern konnte nur einer seinen Benchmark übertreffen.

Bei den Ergänzungsanlagen machte der AHV-FAK-Fonds gemischte Erfahrungen. Während die Anlagen in Hedge Funds sowie in ausländischen Immobilienanlagen (Fonds) positiv zum Jahresergebnis beigetragen haben, resultierten aus dem Engagement in Rohstoffen aufgrund des im Spätsommer starken Preisrückgangs im Energiebereich Verluste. Allerdings deuteten die Rohstoffanlagen ihre in Krisenzeiten stabilisierende Wirkung an, als die Aktienmärkte im 2. Quartal vorübergehend einbrachen und die Rohstoffanlagen positive Resultate lieferten.

Im Jahr 2007 führt der AHV-FAK-Fonds den im 2006 begonnenen Ausbau der Ergänzungsanlagen fort, um die Rendite-/Risikoeigenschaften des Anlageportfolios weiter zu verbessern. Entsprechend werden die Zielwerte für Hedge Funds, Immobilien Ausland (Fonds) und Rohstoffe auf je 2% des Anlagevermögens erhöht (bisher je 1%). Im Gegenzug werden die Obligationenanlagen reduziert.
Im Zuge der Diskussion der versicherungstechnischen Prüfung 2005 wurde im Jahr 2006 auch die langfristige Anlagestrategie diskutiert. Dabei konnte mit Befriedigung festgestellt werden, dass die Anlagestrategie des AHV-Fonds der langfristigen anlagepolitischen Risikofähigkeit entspricht.

Immobilien

Bei den Immobilien folgt die AHV dem Grundsatz, Immobilienanlagen als strategische Position zu verfolgen; es wird eine langfristige und nachhaltige Wertsteigerung angestrebt. Immobilienanlagen unterstützen somit massgeblich die Sicherheit und Diversifikation der Anlagen.
Bezüglich ausländischer Immobilien sind auf Grund der Vorschriften der Verordnung vom 9. Dezember 1998 zum Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung betreffend die Anlage des Vermögens (in der geltenden Fassung) keine Direktanlagen zugelassen. Hier erfolgen Kollektivanlagen wie etwa die Beteiligung an Immobilienfonds. Derartige Immobilienfonds befinden sich auch im Wertschriften-Portefeuille der AHV und der FAK.

Anlagen in liechtensteinische Immobilien erfolgen in Form von Direktanlagen. Dabei wird auf eine gute Lage und Vermietbarkeit sowie auf eine marktkonforme Rendite geachtet. Die FAK mit ihrem vergleichsweise kleineren Fonds hat kein Grundstücksvermögen in Liechtenstein. Die AHV mit ihrem entscheidend grösseren Fonds und einem längerfristigen Anlagehorizont ist demgegenüber Eigentümerin verschiedener Grundstücke in Liechtenstein. Beim Erwerb weiterer Grundstücke im Inland ist die AHV allerdings durch das Grundverkehrsgesetz stark eingeschränkt, solange sie über Grundstücke verfügt, die grundsätzlich überbaubar wären (möglich ist hingegen der Tausch von Grundstücken).

Der Buchwert dieser Grundstücke liegt bei ca. CHF 112.5 Mio (dieser Buchwert entspricht jedoch nicht dem Verkehrswert, sondern entsprechend dem Vorsichtsprinzip den Anschaffungs- oder Herstellkosten unter Berücksichtigung linearer jährlicher Abschreibungen von 3% auf dem Gebäudewert).

Bezüglich der überbauten Grundstücke ergibt sich folgende Verteilung (verschiedene, sich in derselben Überbauung befindliche Stockwerkeigentums-Einheiten sind dabei zu einer „Liegenschaft“ zusammengefasst):

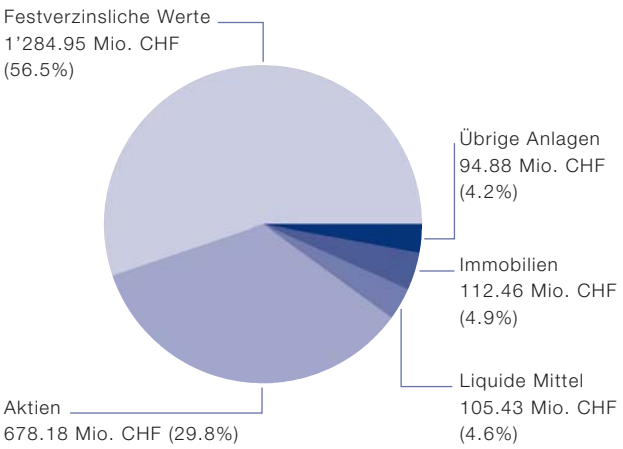
Gemeinde	Anzahl Liegenschaften	Parzellengrösse
Vaduz	7	24’030 m²
Mauren-Schaanwald	1	3‘392 m²
Triesen	1	3‘915 m²
Balzers	1	1‘360 m²
Total	10	32‘697 m²

Die übrigen Grundstücke sind nicht überbaut oder weisen lediglich Ökonomiegebäude auf (sie befinden sich zu einem grossen Teil auch nicht in der Bauzone). Diese Grundstücke werden verpachtet (der Ertrag ist jedoch minim).

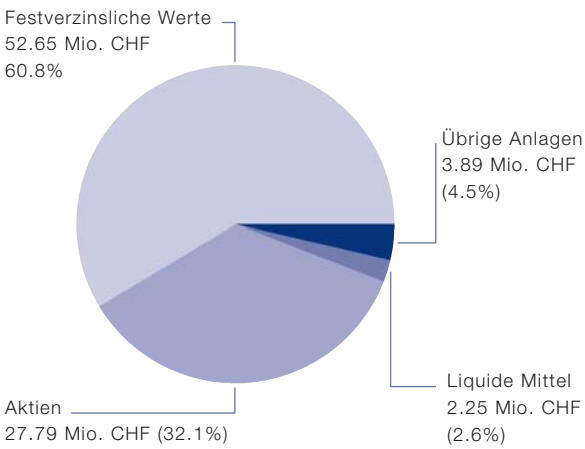
Gemeinde	Anzahl Grundstücke	Parzellengrösse
Vaduz	3	11’891 m²
Triesen	4	26’702 m²
Eschen	2	12’494 m²
Total	9	51’087 m²

Verteilung der Anlagen

Verteilung der AHV-Anlagen nach Anlagearten
(ohne Kontokorrente)



Verteilung der FAK-Anlagen nach Anlagearten
(ohne Kontokorrente)



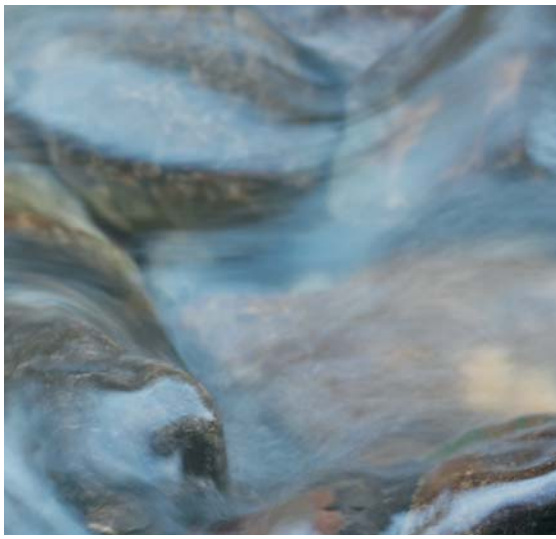
9 > Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat befasste sich im Berichtsjahr in zwei Sitzungen mit den ihm obliegenden Aufgaben (Entgegennahme der Berichte der externen Kontrollstelle, Überprüfung der Geschäftsführung und Berichterstattung an die Regierung zu Handen des Landtages).

Der Bericht des Aufsichtsrates betreffend das Geschäftsjahr 2006 liegt vor.

Im Berichtsjahr wurde der Aufsichtsrat zudem ebenfalls bezüglich der Neufestsetzung des Rentenindexes (teuerungsbedingte Rentenanpassung per 1. Januar 2007) angehört.

Ausserdem nahm der Präsident des Aufsichtsrates auch an der zuvor geschilderten Sondersitzung des Verwaltungsrates vom 14. November 2006 teil.



10 > Übertragene Aufgaben

10.1 Allgemeines

Für die Bereiche AHV, IV und FAK wurde per Gesetz jeweils eine besondere, selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt zur Durchführung des jeweiligen Gesetzes gegründet.

Andere Bereiche (Ergänzungsleistungen, Hilflosenentschädigungen, besondere medizinische Massnahmen, Blindenbeihilfen) sind in Spezialgesetzen geregelt, ohne dass für die einzelne Leistungsart eine eigene Anstalt gegründet wurde. Diese Leistungen unterscheiden sich von der AHV, IV und FAK unter anderem dadurch, dass die Finanzierung allein durch die öffentliche Hand und nicht durch Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber erfolgt. Auch diese Aufgaben wurden der AHV bzw. IV zur Durchführung übertragen (die Verwaltungskosten werden vom Staat vergütet). Die externe Revision erfolgt durch die staatliche Finanzkontrolle. Sie stützt sich dabei in Teilbereichen auf entsprechende Revisionsberichte der Ernst & Young AG (wie etwa die besonderen medizinischen Massnahmen, die materiell dem Themenkreis Invalidität zuzuordnen sind).

Der Vollständigkeit halber werden auch diese Bereiche im Jahresbericht summarisch dargestellt.

Neben diesen der AHV bzw. IV gesetzlich übertragenen Aufgaben stehen die AHV-IV-FAK-Anstalten der Regierung auch für weitere Aufgaben zur Verfügung (Redaktion von Gesetzes- und Verordnungsvorlagen; Vertretung des Landes im Bereich verschiedener zwischenstaatlicher Instrumente bzw. Abkommen über soziale Sicherheit).

10.2 Ergänzungsleistungen

Die Aufwendungen für die Ergänzungsleistungen, Hilfsmittel und Krankheitskosten werden seit 1. Januar 2006 je 50% vom Land und von den Gemeinden getragen (im Zuge der Aufgabenentflechtung zwischen Land und Gemeinden wurde der frühere Finanzierungsschlüssel geändert). Die Gemeinden werden nach Massgabe der Einwohnerzahl belastet.

Über die Höhe der Leistungen gibt nachstehende Tabelle Auskunft.

Betrag der ausgerichteten Ergänzungsleistungen (EL, in CHF)						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
EL zur AHV	4’315’048	4’262’401	4’098’312	3’977’701	3’891’675	– 2.16%
EL zur IV	2’536’761	3’201’118	2’899’034	3’393’751	3’080’166	– 9.24%
Hilfsmittel/ Krankheitskosten	188’196	159’383	208’008	192’037	199’105	+ 3.68%
Total	7’040’005	7’622’902	7’205’354	7’563’489	7’170’946	– 5.19 %

Bezüglich der Anzahl der Bezüger per Dezember zeigt sich keine grosse Veränderung. Es ist jedoch eine grosse Fluktuation zu beobachten, bspw. durch den Tod von Leistungsbezügern und die Entstehung neuer Leistungsfälle. Im Berichtsjahr gingen bspw. 173 Anträge auf Ergänzungsleistungen ein (Vorjahr: 188); im Berichtsjahr mussten 68 Anträge abgelehnt werden (Vorjahr: 102).

Anzahl Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL)						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Total EL-Bezüger	581	625	582	610	616	+ 1.0%
AHV	392	403	354	365	365	0.0%
IV	189	222	228	245	251	+ 2.5%

10.3 Hilflosenentschädigungen

Die Aufwendungen für Hilflosenentschädigungen werden zur Gänze vom Land getragen. Die Höhe der Leistungen und die Anzahl der Bezüger sind nachstehend tabellarisch dargestellt.

Betrag der ausgerichteten Hilflosenentschädigungen (HE, in CHF)						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Aufwendungen	3’411’278	3’226’397	3’587’181	3’587’656	3’680’603	+ 2.59%

Anzahl Bezüger von Hilflosenentschädigungen (HE)						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Total	345	328	370	364	364	0.0%
HE leichten Grades	20	21	20	21	17	– 19.1%
HE mittleren Grades	153	159	181	188	183	– 2.7%
HE schweren Grades	172	148	169	155	164	+ 5.8%

10.4 Besondere medizinische Massnahmen

Es geht hierbei hauptsächlich um Krankheitsbehandlung bei bestimmten Geburtsgebrechen. Gemäss der historischen Entwicklung wird in diesem Bereich nicht die Krankenversicherung als Träger eingesetzt. Die entsprechenden Aufwendungen werden zur Gänze vom Land getragen. Die Ausgaben in diesem Bereich sowie die Anzahl der Zusprache-Entscheide betreffend medizinische Massnahmen sind nachstehend aufgeführt.

Betrag der Ausgaben für besondere medizinische Massnahmen (in CHF)						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Aufwendungen	1’950’076	2’107’841	2’217’611	2’165’584	2’682’368	+ 23.9%

Zusprache-Entscheide betreffend medizinische Massnahmen						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Zusprache-Entscheide	269	293	261	300	293	– 2.3%

10.5 Blindenbeihilfen

Auch die Aufwendungen für Blindenbeihilfen gehen zu Lasten des Landes. Die Aufwendungen und die Anzahl Bezüger sind nachstehend zusammengefasst.

Betrag der Ausgaben für Blindenbeihilfen (in CHF)						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Aufwendungen	200'685	204'771	209'475	214'650	211'932	– 1.27%

Anzahl Bezüger von Blindenbeihilfen						
	2002	2003	2004	2005	2006	Veränderung
Bezüger total	42	40	41	43	43	0.0%
Vollblinde	-	-	-	12	10	– 16.7%
praktisch Blinde	-	-	-	10	11	+ 10.0%
hochgradig Sehschwache	-	-	-	21	22	+ 4.8%

Betriebsrechnung AHV 2006

	2005		2006	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Versicherungsbereich				
Beiträge				
Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber	167’162’396.00		177’268’935.45	
Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen	– 648’773.30		– 259’132.15	
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	71’242.65		62’904.45	
Staatsbeitrag allgemein	34’510’855.27		35’878’667.40	
Beitrag aus LSVA	4’200’000.00	205’295’720.62	4’304’937.85	217’256’313.00
Leistungen				
Renten	– 171’985’338.00		–178’763’307.00	
Hilfsmittel	– 568’938.35		– 630’029.95	
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	281’999.94	– 172’272’276.41	288’776.49	– 179’104’560.46
Betriebsergebnis		**33’023’444.21**		**38’151’752.54**
Vermögensanlagen				
Zinsen und Wertschriftenerfolg	206’971’633.28		103’902’006.74	
Wertschriftenaufwendungen	– 8’944’891.37		– 7’876’762.17	
Bildung von Bewertungsreserve	– 50’000’000.00		– 30’000’000.00	
Immobilienerfolg (netto)	2’186’841.73		4’014’485.65	
Abschreibungen auf Immobilien	– 1’806’169.00		– 2’312’159.50	
Übriger Zinsaufwand	– 1’593.21		0.00	
Übriger Zinsertrag	255’175.32	148’660’996.75	665’973.39	68’393’544.11
Ergebnis der Vermögensanlagen		**148’660’996.75**		**68’393’544.11**
Gesamtergebnis AHV		**181’684’440.96**		**106’545’296.65**

Bilanz AHV-Fonds per 31. Dezember 2006

	2005		2006	
	Aktiven CHF	Passiven CHF	Aktiven CHF	Passiven CHF
Kapitalanlagen				
Festverzinsliche Werte	1’227’625’110.17		1’284’951’538.55	
Aktien	646’342’426.69		678’182’555.51	
Übrige Anlagen	37’658’517.86		94’878’479.54	
Immobilien	100’901’093.80		112’458’242.65	
Banken	34’288’998.52		18’902’672.82	
Kurzfristige Geldanlagen	25’724’646.33		35’916’484.44	
	2’072’540’793.37	0.00	**2’225’289’973.51**	0.00
Gemeinsame Geldmittel				
Post	20’273’265.33		20’209’483.10	
Banken	21’147’443.46		25’401’389.35	
Kurzfristige Geldanlagen	20’000’000.00		5’000’000.00	
	61’420’708.79	0.00	**50’610’872.45**	0.00
Kontokorrente				
Forderungen gegen Beitragspflichtige	16’771’135.04		16’480’101.64	
Nicht bestellbare Renten		13’086.00		12’303.60
Verpflichtung gegenüber IV-Fonds		7’056’281.72		11’484’600.19
Verpflichtung gegenüber FAK-Fonds		2’068’360.60		4’186’668.35
Verpflichtung gegenüber VK-Rechnung		4’967’227.52		5’122’401.47
	16’771’135.04	**14’104’955.84**	**16’480’101.64**	**20’805’973.61**
Abgrenzungen				
Übrige Aktiven	22’293’530.43		23’816’650.97	
Übrige Passiven		2’177’881.77		2’102’998.29
Bewertungsreserve		130’000’000.00		160’000’000.00
	22’293’530.43	**132’177’881.77**	**23’816’650.97**	**162’102’998.29**
Kapital				
Bestand 1. Januar		1’845’058’889.06		2’026’743’330.02
Gesamtergebnis AHV		181’684’440.96		106’545’296.65
Kapital 31. Dezember		**2’026’743’330.02**		**2’133’288’626.67**
Total	2’173’026’167.63	2’173’026’167.63	2’316’197’598.57	2’316’197’598.57

Betriebsrechnung IV 2006

	2005		2006	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Versicherungsbereich				
Beiträge				
Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber	26’417’527.05		34’480’109.60	
Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen	– 102’667.20		– 41’187.70	
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	11’260.00	**26’326’119.85**	9’947.20	**34’448’869.10**
Leistungen				
Renten	– 42’975’379.00		– 42’191’326.00	
Eingliederungsmassnahmen	– 2’849’823.27		– 2’676’550.53	
Kollektive Leistungen	– 7’525’022.18		– 8’961’619.49	
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	743’637.47	**– 52’606’586.98**	389’423.97	**– 53’440’072.05**
Betriebsergebnis vor Staatsbeitrag		**– 26’280’467.13**		**– 18’991’202.95**
Zinsaufwand		– 251.56		0.00
Zinsertrag		29’356.45		89’634.15
		– 26’251’362.24		**– 18’901’568.80**
Staatsbeitrag		**26’251’362.24**		**19’357’521.79**
Gesamtergebnis IV		**0.00**		**455’952.99**

Bilanz IV-Fonds per 31. Dezember 2006

	2005		2006	
	Aktiven CHF	Passiven CHF	Aktiven CHF	Passiven CHF
Kontokorrente				
Forderungen gegen Beitragspflichtige	2’648’468.83		2’666’587.40	
Darlehen Kapitalhilfe für SE	22’115.00		13’151.00	
Nicht bestellbare Renten		17’973.87		1’800.00
Kreditoren		3’219’062.00		39’015.00
Forderung gegenüber AHV-Fonds	7’056’281.72		11’484’600.19	
	9’726’865.55	**3’237’035.87**	**14’164’338.59**	**40’815.00**
Abgrenzungen				
Übrige Aktiven	389.27		138.80	
Übrige Passiven		4’252’637.76		11’430’128.21
	389.27	**4’252’637.76**	**138.80**	**11’430’128.21**
Kapital				
Bestand 1. Januar		2’237’581.19		2’237’581.19
Gesamtergebnis IV		0.00		455’952.99
Kapital 31. Dezember		**2’237’581.19**		**2’693’534.18**
Total	9’727’254.82	9’727’254.82	14’164’477.39	14’164’477.39

Betriebsrechnung FAK 2006

	2005		2006	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Versicherungsbereich				
Beiträge				
Beiträge der Arbeitgeber, SE und NE	46’180’011.25		48’972’141.25	
Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen	– 179’844.20		– 72’079.80	
Nachzahlung abgeschriebener Beiträge	19’929.85	46’020’096.90	17’560.35	48’917’621.80
Leistungen				
Kinderzulagen	– 44’031’145.00		– 44’305’994.00	
Geburtszulagen	– 1’847’200.00		– 1’739’100.00	
Alleinerziehendenzulagen	– 1’307’607.00		– 1’320’220.00	
Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen	439’749.79	– 46’746’202.21	434’247.00	– 46’931’067.00
Betriebsergebnis		**– 726’105.31**		**1’986’554.80**
Vermögensanlagen				
Zinsen und Wertschriftenerfolg	8’691’508.87		4’366’164.41	
Wertschriftenaufwendungen	– 375’546.09		– 331’381.12	
Bildung von Bewertungsreserve	– 2’000’000.00		– 1’000’000.00	
Übriger Zinsaufwand	– 440.23		0.00	
Übriger Zinsertrag	13’871.73	6’329’394.28	33’508.09	3’068’291.38
Ergebnis der Vermögensanlagen		**6’329’394.28**		**3’068’291.38**
Gesamtergebnis FAK		**5’603’288.97**		**5’054’846.18**

Bilanz FAK-Fonds per 31. Dezember 2006

	2005		2006	
	Aktiven CHF	Passiven CHF	Aktiven CHF	Passiven CHF
Kapitalanlagen				
Festverzinsliche Werte	51’428’826.98		52’650’929.19	
Aktien	27’077’185.50		27’788’551.27	
Übrige Anlagen	1’577’626.08		3’887’648.65	
Banken	1’436’467.01		774’537.61	
Kurzfristige Geldanlagen	1’077’681.11		1’471’679.06	
	82’597’786.68	0.00	**86’573’345.78**	0.00
Kontokorrente				
Forderungen gegen Beitragspflichtige	4’716’725.42		4’618’470.24	
Forderung gegenüber AHV-Fonds	2’068’360.60		4’186’668.35	
	6’785’086.02	0.00	**8’805’138.59**	0.00
Abgrenzungen				
Übrige Aktiven	737’367.02		771’724.87	
Übrige Passiven		77’528.03		52’651.37
Bewertungsreserve		2’500’000.00		3’500’000.00
	737’367.02	**2’577’528.03**	**771’724.87**	**3’552’651.37**
Kapital				
Bestand 1. Januar		81’939’422.72		87’542’711.69
Gesamtergebnis FAK		5’603’288.97		5’054’846.18
Kapital 31. Dezember		**87’542’711.69**		**92’597’557.87**
Total	**90’120’239.72**	**90’120’239.72**	**96’150’209.24**	**96’150’209.24**

Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2006

	2005		2006	
	CHF	CHF	CHF	CHF
Einnahmen				
Verwaltungskosten-Beiträge	9’556’154.41		10’419’669.51	
Mahngebühren und Bussen	102’308.32		88’467.40	
Zinsertrag	24’194.91		48’586.75	
Vergütung des Staates für übertragene Aufgaben	950’000.00		950’000.00	
Ausserordentlicher Ertrag	737.90	10’633’395.54	1’450.04	11’508’173.70
Verwaltungskosten				
Gehälter	– 5’081’909.05		– 5’242’499.35	
Sozialleistungen	– 907’334.05		– 864’901.75	
Übrige Personalkosten	– 82’737.05		– 86’871.15	
Aufwendungen Organe	– 64’714.50		– 68’154.95	
Drucksachen und Büromaterial	– 109’881.26		– 101’700.60	
Unterhalt und Reparaturen von Anlagevermögen	– 26’579.80		– 35’300.35	
EDV-/Internet-Unterhalt	– 190’841.43		– 225’769.03	
EDV-Benutzergebühren	– 431’309.60		– 421’819.70	
Informatik-Kosten IGS/EDV-Programmierung	– 747’766.35		– 1’866’189.50	
Porti, Telefon und PC-Gebühren	– 512’656.17		– 505’727.22	
Miete	– 275’440.00		– 275’440.00	
Unterhalt Verwaltungsgebäude	– 127’458.32		– 125’270.95	
Reinigungsaufwand	– 69’585.05		– 69’479.60	
Revisionskosten und Beratungskosten	– 173’555.75		– 214’622.60	
Abschreibungen auf Anlagevermögen	– 250’000.25		– 370’244.13	
Übriger Aufwand	– 125’693.71		– 157’800.97	
Zinsaufwand	– 91.40		0.00	
Bildung Rückstellung für EDV-Projekt	– 950’000.00		0.00	
Bildung Rückstellung für Frühpensionierung	– 450’000.00		0.00	
Bildung Rückstellung versicherungstechnische Bilanz	– 40’000.00	– 10’617’553.74	– 30’000.00	– 10’661’791.85
Gesamtergebnis VK-Rechnung		**15’841.80**		**846’381.85**

Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2006

	2005		2006	
	Aktiven CHF	Passiven CHF	Aktiven CHF	Passiven CHF
Sachanlagen				
Mobilien	135'000.00		p.m.	
EDV-Anlage	90'000.00		p.m.	
Fahrzeuge	7'000.00		23'400.00	
Öllager/Anteilscheine	35'671.00		35'671.00	
	267'671.00	0.00	**59'071.00**	0.00
Geldmittel				
Kasse	7'567.05		6'293.80	
	7'567.05	0.00	**6'293.80**	0.00
Kontokorrente				
Forderungen gegen Beitragspflichtige	872'819.29		879'825.97	
Forderung gegenüber AHV-Fonds	4'967'227.52		5'122'401.47	
Kreditoren		245'533.03		227'507.85
	5'840'046.81	**245'533.03**	**6'002'227.44**	**227'507.85**
Abgrenzungen				
Übrige Aktiven	172'601.80		65'401.52	
Übrige Passiven		10'840.00		217'725.03
Rückstellung EDV-Projekte		950'000.00		0.00
Rückstellung für Frühpensionierung		2'190'419.75		2'040'285.15
Rückstellung versicherungstechnische Bilanz		120'000.00		30'000.00
	172'601.80	**3'271'259.75**	**65'401.52**	**2'288'010.18**
Kapital				
Bestand 1. Januar		2'755'252.08		2'771'093.88
Gesamtergebnis VK		15'841.80		846'381.85
Kapital 31. Dezember		**2'771'093.88**		**3'617'475.73**
Total	6'287'886.66	6'287'886.66	6'132'993.76	6'132'993.76

An die Fürstliche Regierung zu Handen des Hohen Landtages

Der Aufsichtsrat überprüft gemäss den gesetzlichen Bestimmungen die Geschäftsführung und erstattet dem Verwaltungsrat und der Regierung zu Handen des Landtages jährlich Bericht (Art. 12 des Gesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, Artikel 12 des Gesetzes über die Invalidenversicherung, Artikel 11 des Gesetzes über die Familienausgleichskasse).

Gestützt auf die Revisionsberichte der Ernst & Young AG in Bern und auf die Protokolle des Verwaltungsrates der AHV-IV-FAK-Anstalten stellte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung vom 3. April 2007 fest, dass die Bücher ordnungsgemäss geführt sind und die Darstellung der Bilanzen und Betriebsrechnungen sowie der Verwaltungskostenrechnung den gesetzlichen Bestimmungen über die AHV, die IV und die FAK entsprechen.

Der Aufsichtsrat genehmigt die Berichte der Kontrollstelle und stellt aufgrund dieser Prüfungsergebnisse die

Anträge:

1) den Geschäftsbericht 2006 der AHV-IV-FAK-Anstalten samt Bilanzen und Betriebsrechnungen sowie die Verwaltungskostenrechnung zu genehmigen und

2) den Organen Verwaltungsrat und Direktor unter Verdankung der geleisteten Dienste volle Entlastung zu erteilen.

Vaduz, 3. April 2007

Liechtensteinische AHV-IV-FAK

Fredy Vogt
Präsident

Erläuterungen der Verwaltung zu den Betriebsrechnungen und Bilanzen

Vorbemerkung: Bei den nachstehenden Ausführungen handelt es sich nicht um einen von der externen Revisionsstelle geprüften „Anhang zur Jahresrechnung". Diese Erläuterungen stellen auch keine Grundlage für den Bericht des Aufsichtsrates dar. Es handelt sich also nicht um Hinweise für Experten, sondern lediglich um Erklärungen der Verwaltung an die allgemeine Leserschaft des Geschäftsberichts, um ein besseres Verständnis der einzelnen Positionen zu ermöglichen. Weitere Erläuterungen sind zum Teil auch im Jahresbericht enthalten.

Erläuterungen zur Betriebsrechnung AHV 2006

Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber: Im Geschäftsbericht 2005 waren die Konti „Persönliche Beiträge" und „Arbeitnehmer-/Arbeitgeber-Beiträge" aufgeführt. Im Geschäftsbericht 2006 sind diese beiden Konti unter „Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber" zusammengefasst. Die Beiträge der erwerbstätigen Versicherten und der Arbeitgeber bemessen sich in Prozenten des Erwerbseinkommens (bei Nichterwerbstätigen werden die Beiträge im Grundsatz nach den wirtschaftlichen Verhältnissen bemessen, wobei für die meisten Kategorien nach gesetzlicher Vorschrift der Mindestbeitrag resultiert). Die Beiträge, die von den Versicherten und Arbeitgebern auf Einkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit geleistet werden, haben im Vergleich zum Vorjahr um CHF 10.1 Mio. bzw. ca. 6.0% zugenommen (und erreichten CHF 177.3 Mio.). Davon entfallen ca. CHF 169.5 Mio. bzw. 95.6% auf Lohn-Beiträge (der Rest entfällt auf die Beiträge der Selbständigerwerbenden, der freiwillig Versicherten und der Nichterwerbstätigen).

Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen: Beitragsforderungen werden laufend abgeschrieben, wenn ein Beitragspflichtiger erfolglos betrieben wurde oder wenn eine Betreibung offensichtlich aussichtslos ist und der geschuldete Betrag nicht verrechnet werden kann (die Herabsetzung von Beiträgen ist demgegenüber eine seltene Ausnahme). Dieser Posten kann naturgemäss grossen jährlichen Schwankungen unterworfen sein.

Nachzahlung abgeschriebener Beiträge: Auch bei abgeschriebenen Beiträgen werden die Inkassobemühungen nicht eingestellt. Bei späterer Zahlungsfähigkeit des Beitragspflichtigen werden die abgeschriebenen Beiträge nachgefordert. Auch dieser Posten weist gewisse jährliche Schwankungen auf.

Staatsbeitrag allgemein: Der allgemeine Staatsbeitrag bemisst sich zu 20% der jährlichen Ausgaben (Renten und Hilfsmittel). Im Vergleich zum Vorjahr beträgt die Zunahme dieses Teils der Staatsbeiträge ca. 4.0%.

Beitrag LSVA: Im Zusammenhang mit der 2001 eingeführten Verbesserung des Rentenvorbezugs werden nach gesetzlicher Vorschrift 2/3 des dem Land zufallenden Nettoertrags aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe, mindestens aber CHF 4.2 Mio., der AHV zugewiesen (Art. 29 SVAG). In den Jahren 2001 bis 2004 lag der 2/3-Anteil unter CHF 4.2 Mio., sodass das Land kumuliert bis Ende 2004 Vorschussleistungen von CHF 3'482'478.50 erbracht hatte, um der AHV den garantierten Mindestbetrag von CHF 4.2 Mio. jährlich zu überweisen. Im Jahr 2005 lag der 2/3-Anteil bei CHF 5'786'494.27; die AHV erhielt wiederum CHF 4.2 Mio. und die Differenz (CHF 1'586'494.27) wurde zur Verrechnung mit den Vorschussleistungen verwendet, welche sich dadurch auf CHF 1'896'254.24 (Rundungsdifferenz) reduzierten. Im Jahr 2006 lag der 2/3-Anteil bei CHF 6'201'192.09; die aus den Vorjahren verbleibenden Vorschussleistungen von CHF 1'896'254.24 konnten damit getilgt werden und der Rest von CHF 4'304'937.85 geht an die AHV. Sofern die Einnahmen aus der LSVA nicht unter CHF 6.3 Mio. jährlich zurückgehen, wird die AHV nun in den Folgejahren jeweils 2/3 des dem Land zufallenden Nettoertrags aus der LSVA zugewiesen erhalten.

Renten: Die Rentenleistungen haben gegenüber dem Vorjahr um ca. 3.9% zugenommen.

Hilfsmittel: Hierunter fallen Hörgeräte, Rollstühle und weitere Hilfsmittel. Die Aufwendungen bewegen sich in der Grössenordnung des Vorjahres.

Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen: Zu Unrecht ausgerichtete Leistungen (bspw. bei verspäteten Meldungen über veränderte Verhältnisse) werden zurückgefordert bzw. mit laufenden Leistungen verrechnet. Dieser Posten ist mit gewissen jährlichen Schwankungen verbunden. Solche Rückerstattungsforderungen werden im Übrigen erlassen, wenn die rückerstattungspflichtige Person die zu viel ausgerichteten Leistungen gutgläubig in Empfang genommen hat und wenn gleichzeitig die Rückerstattung angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Person eine grosse Härte darstellen würde.

Betriebsergebnis: Das Betriebsergebnis (Ausklammerung der Vermögenserträge) hat gegenüber dem Vorjahr erfreulicherweise stark zugenommen (um ca. 15.5%).

Vermögensanlagen: Die Vermögensanlagen sind angesichts ihrer Bedeutung im Jahresbericht selbst umfassend dargestellt. Die Bewertungsreserve (bzw. die Wertschwankungsreserve) wurde weniger stark geäufnet als im Vorjahr (das Vorjahr war ein aussergewöhnlich gutes Anlagejahr). Der im Jahresbericht nicht erläuterte Posten „Zinsertrag" resultiert aus Festgeldanlagen sowie Zinserträgen auf Post- und Bankkonten. Der im Vergleich zum

Vorjahr hohe Anstieg des Postens „Immobilienerfolg (netto)“ resultiert aus einem Buchgewinn aus der Veräusserung von Bauland (CHF 1’904’615.00).

Gesamtergebnis: Im Gesamtergebnis schliesst die AHV das Berichtsjahr mit CHF 106.55 Mio. im Plus (nach Äufnung der Bewertungsreserve von CHF 30.0 Mio.). Das aussergewöhnlich gute Ergebnis des Vorjahres konnte erwartungsgemäss nicht erreicht werden.

Erläuterungen zur Bilanz des AHV-Fonds per 31. Dezember 2006

Kapitalanlagen: Die hier aufgeführten Kapitalanlagen sind rein der AHV zuzuordnen. Sie bestehen aus festverzinslichen Werten (wie Obligationen), Aktien, übrigen Anlagen (bspw. Hedge Funds, Immobilienfonds, Commodities), Immobilien (überbauten und nicht überbauten Grundstücken), Guthaben bei Banken und kurzfristigen Geldanlagen (bspw. Call-Geld).

Gemeinsame Geldmittel: Bei den hier aufgeführten Geldmitteln handelt es sich um von der AHV für die Rechnung der AHV, der IV, der FAK und der Verwaltungskosten gemeinsam geführte Geldmittel. Daraus entstehen auch die unter „Kontokorrente“ geführten Verpflichtungen der AHV gegenüber der IV, der FAK und der Verwaltungskostenrechnung.

Kontokorrente: Die Kontokorrente umfassen auf der Aktivseite die Forderungen gegen Beitragspflichtige. Auf der Passivseite sind die zuvor unter „Gemeinsame Geldmittel“ erläuterten Verpflichtungen gegenüber der IV, der FAK und der Verwaltungskostenrechnung. Auf der Passivseite sind auch nicht bestellbare Renten aufgeführt (es kommt in seltenen Fällen vor, dass bereits laufende Renten, auf die auch im massgebenden Monat Anspruch besteht, vorübergehend nicht ausbezahlt werden können, bspw. beim Tod des Berechtigten im laufenden Monat).

Abgrenzungen: Auf der Aktivseite sind „Übrige Aktiven“ geführt (hierunter fallen bspw. Marchzinsen, d. h. Vergütungen für aufgelaufene, aber noch nicht fällige Zinsen; ausserdem scheinen hier auch die von der AHV noch nicht vereinnahmten Beiträge des Staates aus der LSVA auf). Auf der Passivseite werden „Übrige Passiven“ verzeichnet (hauptsächlich Management-Gebühren der Vermögensverwalter für das 4. Quartal des Berichtsjahres). Hier wird ebenfalls die Bewertungsreserve von CHF 160.0 Mio. bilanziert, die gegenüber dem Vorjahr um 23.1% anwächst. Die Bewertungsreserve liegt nun bei etwas über 7% (in Relation zu den massgeblichen Kapitalanlagen inkl. Marchzinsen).

Kapital: Das Gesamtergebnis AHV beträgt zum Abschluss am 31. Dezember 2006 CHF 106.55 Mio. (im Vorjahr: CHF 181.69 Mio.). Insgesamt wächst das Kapital gegenüber dem Vorjahr (CHF 2’026.7 Mio.) auf CHF 2’133.29 Mio. (Zuwachs um 5.3%).

Erläuterungen zur Betriebsrechnung IV 2006

Beiträge der Versicherten und Arbeitgeber; Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen; Nachzahlung abgeschriebener Beiträge: Bezüglich dieser Posten kann auf die Erläuterungen zur Erfolgsrechnung AHV verwiesen werden. Geringfügige Abweichungen der prozentualen Gewichtung der einzelnen Posten sind möglich, nachdem die sinkende Beitragsskala für Selbständigerwerbende nur bei der AHV, nicht jedoch bei der IV, Anwendung findet.

Renten: Der grösste Ausgabenposten entfällt auf die Renten: ca. 78.4% der Leistungen (Vorjahr: 80.5% der Leistungen; jeweils unter Ausklammerung der Rückerstattungsforderungen). Bemerkenswert ist, dass dieser entscheidende Ausgabenposten gegenüber dem Vorjahr auch in absoluten Zahlen gesunken ist (um 1.8%). Im Geschäftsbericht 2005 war dieses Konto noch als „Ordentliche Renten“ geführt. Diese Bezeichnung stammt aus einer Zeit, als noch zwischen „Ordentlichen Renten“ und „Ausserordentlichen Renten“ unterschieden wurde (wobei letztere in solche mit und solche ohne Einkommensgrenze gegliedert waren). Diese Unterscheidung ist jedoch überholt, nachdem die ausserordentlichen Renten ja vor Jahren schon in ordentliche Renten überführt wurden.

Eingliederungsmassnahmen: Auch hier werden im Vergleich zum Geschäftsbericht 2005 verschiedene früher geführte Konti zusammengefasst, um der gesetzlichen Unterteilung in Renten, Eingliederungsmassnahmen und Kollektive Leistungen zu folgen. Es handelt sich dabei um die früheren Konti „IV-Taggelder“, „Erstmalige berufliche Ausbildung“, „Umschulung und Wiedereingliederung“, „Hilfsmittel“, „Spesenersatz“, „Kapitalhilfe für Selbständigerwerbende“ (letztere kam weder im Jahr 2005 noch im Berichtsjahr 2006 zur Ausrichtung, würde also mit CHF 0.00 zu Buche stehen) und „Lohnzuschuss“. Insgesamt hat dieser Posten im Vergleich zum Vorjahr um 6.1% abgenommen.

Kollektive Leistungen: Entsprechend der grundsätzlichen, vom Gesetz vorgegebenen Einteilung, fasst das Konto „Kollektive Leistungen“ die im Geschäftsbericht 2005 noch einzeln aufgeführten Unterkonti „Abklärungskosten“, „Sonderschulmassnahmen“ (hauptsächlich handelt es sich hierbei um Überweisungen der IV an den Staat selbst), „Baukostenbeiträge“ (solche wurden im 2006 keine geleistet, würden also mit CHF 0.00 zu Buche stehen), „Betriebsbeiträge“ (bspw. für den Betrieb von Wohnheimen und Eingliederungsstätten), „Beiträge an Organisationen“ (bspw. an Behindertenverbände) und „Beiträge an Berufsberatung und Spezialstellen“ zusammen. Bei den Beiträgen an die Berufsberatung und weitere Spezialstellen ist (wie schon in den Vorjahren) eine exakte Abgrenzung zwischen Eingliederungsmassnahmen und Abklärungsmassnahmen nicht immer möglich; z. T. werden hier Pauschalbeiträge geleistet, mit denen sowohl Abklärungskosten als auch Dienstleistungen vergütet wer-

den (bspw. in Form von Berufsberatung für die Versicherten). Wie schon in den Vorjahren werden somit auch „Abklärungskosten“ weiterhin in der Betriebsrechnung der IV geführt; sie werden ebenfalls hier unter Kollektive Leistungen verbucht. Insgesamt hat dieser Posten „Kollektive Leistungen“ um 19.1% im Vergleich zum Vorjahr zugenommen.

Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen: Diesbezüglich kann grundsätzlich auf die Erläuterungen zur Erfolgsrechnung AHV verwiesen werden. Neu werden hier auch die im Geschäftsbericht 2005 noch gesondert aufgeführten Rückerstattungsforderungen bzw. Verrechnungen der „IV-Taggelder“ und der „IV-Leistungen“ in einem einzelnen Posten zusammengefasst.

Betriebsergebnis vor Staatsbeitrag: Mit den Beiträgen konnten im Berichtsjahr 64.5% der Leistungen gedeckt werden (Vorjahr: 50.04%). Das Betriebsergebnis vor Anrechnung von Zinsaufwand/Zinsertrag sowie Staatsbeitrag ergibt ein Minus von CHF 19.0 Mio. (im Vorjahr: ein Minus von CHF 26.3 Mio.).

Zinsaufwand/Zinsertrag: Diese beiden Posten fallen bei der IV systembedingt gering aus. Eine eigentliche Vermögensbewirtschaftung ist nicht möglich.

Staatsbeitrag: Im Vergleich zum Vorjahr hat der Staatsbeitrag von CHF 6.9 Mio. abgenommen. Bei der Einführung der IV bestritt der Staat 50% der Ausgaben (es bestand also eine ähnliche Regelung wie bei der AHV). Im Verlauf der Zeit wurde die Regelung mehrmals geändert. Aktuell (seit der IVG-Novelle vom 20. Oktober 2005, in Kraft seit 1. Januar 2006) erbringt das Land zwar grundsätzlich 50% der Aufwendungen; der Staatsbeitrag wird jedoch entsprechend reduziert, um das Vermögen der IV nicht über 5% der Jahresaufwendungen anwachsen zu lassen. Das IV-Vermögen per 31. Dezember 2005 belief sich auf 2’237’581.19. Die Jahresaufwendungen 2006 betragen CHF 53’870’683.72 (Total der Minusposten auf der Soll-Seite: Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen, Renten, Eingliederungsmassnahmen, Kollektive Leistungen); 5% davon ergeben CHF 2’693’534.18 (obere zulässige Grenze des IV-Vermögens per 31. Dezember 2006). Der Staatsbeitrag beträgt also nicht CHF 26.9 Mio. (50% der Jahresaufwendungen), wodurch das IV-Vermögen auf CHF 10.6 Mio. anwachsen würde, sondern um ca. CHF 7.5 Mio. weniger (nämlich CHF 19.4 Mio. bzw. ca. 35.9% der Aufwendungen).

Gesamtergebnis: Das Gesamtergebnis schliesslich resultiert in einem Plus von ca. CHF 0.46 Mio. (im Vorjahr schloss die IV ausgeglichen mit einem Gesamtergebnis von CHF 0.00).

Erläuterungen zur Bilanz des IV-Fonds per 31. Dezember 2006

Kontokorrente: Hinsichtlich der Posten „Forderungen gegen Beitragspflichtige“, „Provisorische Rentenzahlungen“ und „Nicht bestellbare Renten“ kann auf die Erläuterungen zur Bilanz des AHV-Fonds verwiesen werden (das im Vergleich zum Vorjahr neu geführte Konto „Provisorische Rentenzahlungen“ steht zwar mit CHF 0.00 zu Buche, wird neu jedoch ebenfalls aufgelistet, um einen Vergleich mit der AHV zu ermöglichen). Die Kapitalhilfe für Selbständigerwerbende ist eine selten zur Anwendung gelangende Leistungsart des IVG. Im Berichtsjahr wurde keine solche Leistung ausgerichtet; die Darlehenssumme wurde im Berichtsjahr teilweise zurückbezahlt. Der Posten „Kreditoren“ betrifft im Berichtsjahr nur kleinere offene Rechnungen; die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert hauptsächlich daraus, dass die Rechnung des Staates an die IV (für Betriebsbeiträge der IV an die vom Staat zusätzlich zum Regel-Unterricht erbrachte Sonderschulung im Sinne von 102bis IVV) bis zum Abschluss der Bilanz nicht exakt ermittelt wurde; dementsprechend wächst unter den Abgrenzungen auch der Posten „Übrige Passiven“ im Berichtsjahr an. Die unter Kontokorrente bilanzierte „Forderung gegenüber AHV-Fonds“ korrespondiert mit dem entsprechenden AHV-Bilanzposten „Verpflichtung gegenüber IV-Fonds“ und ist dort erläutert.

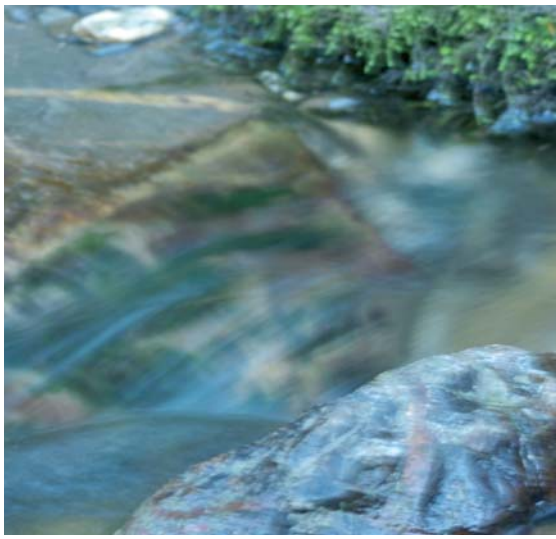
Abgrenzungen: Auf der Aktivseite sind „Übrige Aktiven“ geführt (bspw. Marchzinsen). Auf der Passivseite werden „Übrige Passiven“ verzeichnet. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus dem Umstand, dass der Staat im Berichtsjahr zu hohe Akontozahlungen als Staatsbeitrag an die IV geleistet hat; ausserdem schlägt hier auch die unter „Kontokorrente“ erwähnte, noch nicht exakt ermittelte Rechnung des Staates an die IV zu Buche.

Kapital: Das Gesamtergebnis IV beträgt zum Abschluss am 31. Dezember 2006 ca. CHF 0.46 Mio. (im Vorjahr: CHF 0.00). Insgesamt wächst das Kapital gegenüber dem Vorjahr (auf ca. CHF 2.69 Mio.).

Erläuterungen zur Betriebsrechnung FAK 2006

Beiträge: Bezüglich dieser Posten (Beiträge der Arbeitgeber, Selbständigerwerbenden und Nichterwerbstätigen; Abschreibung/Herabsetzung von Beiträgen; Nachzahlung abgeschriebener Beiträge) kann grundsätzlich auf die Erläuterungen zur Erfolgsrechnung AHV verwiesen werden. Auch hier werden im Vergleich zum Geschäftsbericht 2005 zwei frühere Konti zusammengefasst, nämlich „Persönliche Beiträge“ und „Arbeitgeber-Beiträge“. Die Arbeitnehmer sind bei der FAK (im Unterschied zur AHV und IV) nicht beitragspflichtig. Ausserdem gibt es bei der FAK (im Unterschied zur AHV) auch keine freiwillig Versicherten. Geringfügige Abweichungen der prozentualen Gewichtung der einzelnen Posten sind möglich, nachdem die sinkende Beitragsskala für Selbständigerwerbende nur bei der AHV, nicht jedoch bei der FAK, Anwendung findet.

Leistungen: Bei den Leistungen sind die drei Leistungsarten der monatlichen Kinderzulagen, der einmaligen Geburtszulagen und der



monatlichen Alleinerziehendenzulagen aufgeführt. Der Differenzausgleich (Differenz höherer liechtensteinischer Leistungen zu tieferen ausländischen Leistungen bei vorrangiger Zuständigkeit eines ausländischen Trägers) ist jeweils in den anderen Leistungen mit enthalten. Die Rückerstattungsforderungen/Verrechnungen sind im Vergleich zur AHV verhältnismässig hoch, weil gerade die zwischenstaatlichen Fälle (mit administrativem Aufwand) häufiger nachträgliche Korrekturen nötig machen.

Betriebsergebnis: Das Betriebsergebnis (Ausklammerung der Vermögenserträge) konnte im Berichtsjahr mit einem Plus abgeschlossen werden. Im Vorjahr hätten die Beiträge nicht genügt, um die Leistungen zu decken.

Vermögensanlagen: Die Vermögensanlagen sind im Jahresbericht selbst umfassend dargestellt. Die Bewirtschaftung des Wertschriftenvermögens erfolgt gemeinsam mit der AHV. Immobilienvermögen weist die FAK hingegen im Unterschied zur AHV nicht auf. Im Berichtsjahr wurde wiederum die Äufnung von Bewertungsreserven vorgenommen.

Gesamtergebnis: Das Gesamtergebnis ist positiv (ca. CHF 5.06 Mio.) und bewegt sich in der Grössenordnung des Vorjahres.

Erläuterungen zur Bilanz des FAK-Fonds per 31. Dezember 2006

Kapitalanlagen: Bezüglich der Kapitalanlagen kann auf die Erläuterungen zur Bilanz des AHV-Fonds verwiesen werden. Die FAK weist allerdings im Unterschied zur AHV kein Immobilienvermögen auf.

Kontokorrente: Hinsichtlich des Postens „Forderungen gegen Beitragspflichtige“ kann auf die Erläuterungen zur Bilanz des AHV-Fonds verwiesen werden. Die hier bilanzierte „Forderung gegenüber AHV-Fonds“ korrespondiert mit dem entsprechenden AHV-Bilanzposten „Verpflichtung gegenüber FAK-Fonds“ und ist dort erläutert.

Abgrenzungen: Auch hier kann auf die Erläuterungen zur Bilanz des AHV-Fonds verwiesen werden. Hier wird ebenfalls die Bewertungsreserve bilanziert, die gegenüber dem Vorjahr um CHF 1.0 Mio. erhöht wurde.

Kapital: Das Gesamtergebnis FAK beträgt zum Abschluss am 31. Dezember 2006 ca. CHF 5.06 Mio. (im Vorjahr CHF 5.60 Mio.). Insgesamt wächst das Kapital gegenüber dem Vorjahr (CHF 87.54 Mio.) um ca. 5.8% (auf CHF 92.60 Mio.).

Erläuterungen zur Verwaltungskostenrechnung AHV-IV-FAK 2006

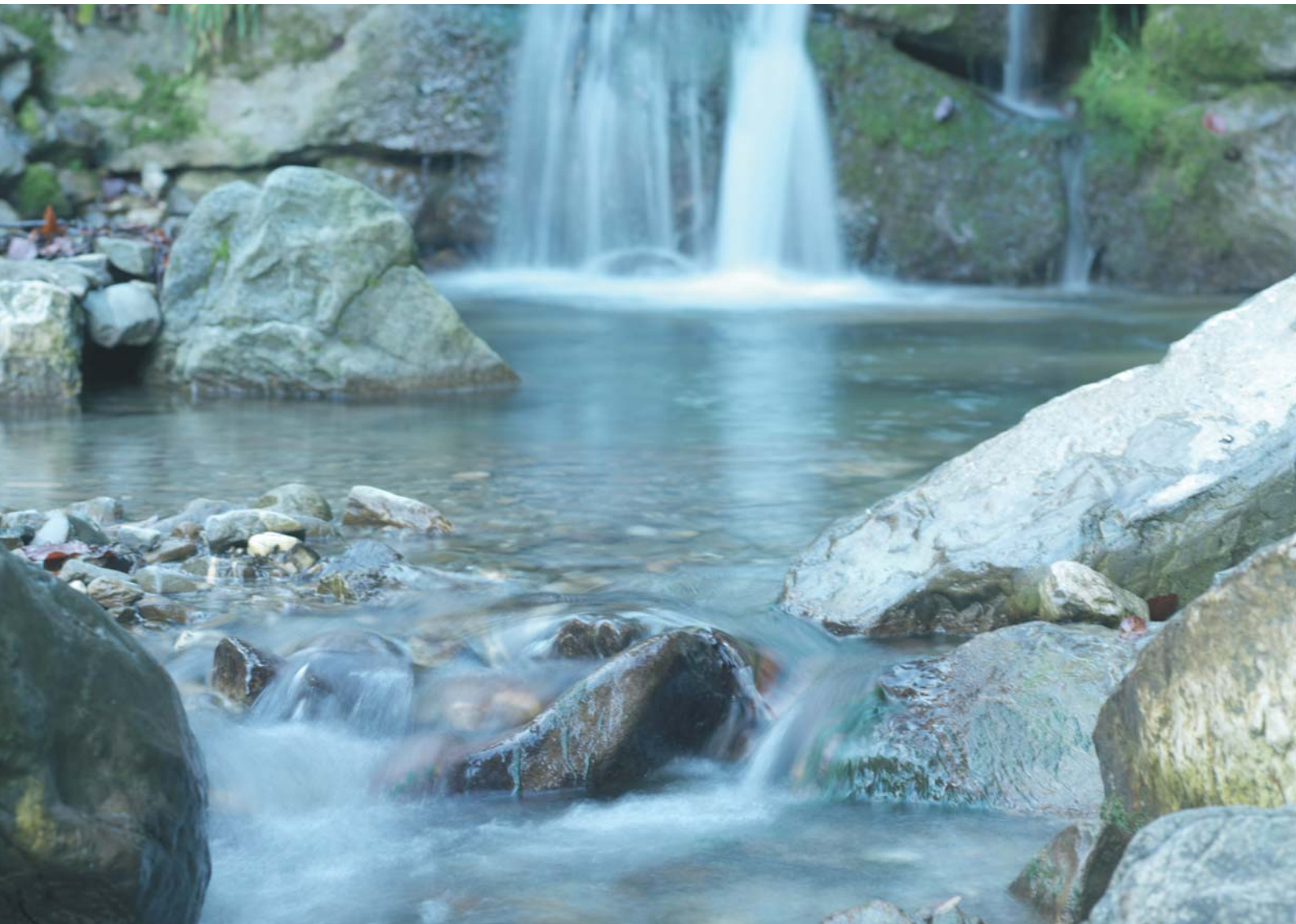
Grundsätzliche Erläuterungen: Die Darstellung folgt aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Verwaltungskosten-Voranschlag 2006 vollständig der Gliederung jenes früheren Verwaltungskosten-Voranschlages. Im entsprechenden Bericht und Antrag der Regierung an den Hohen Landtag Nr. 86/2005 sind auch die Erläuterungen zu verschiedenen Positionen enthalten. Detaillierte Erläuterungen sind auch im Bericht und Antrag Nr. 123/2006 zum Verwaltungskosten-Voranschlag 2007 ausgeführt (der jedoch eine leicht andere Gliederung aufweist).

Wesentliche Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr: Im Vergleich zum Vorjahr war der Gewinn insgesamt höher. Zwar waren wie geplant die laufenden Ausgaben für EDV-Programmierungen grösser als im Vorjahr (wenn auch nicht so hoch wie budgetiert); speziell für das EDV-Projekt VISTA war jedoch eine Rückstellung gebildet worden, die nun aufgelöst wurde, um einen Teil dieser Kosten zu decken.

Wesentliche Abweichungen zum Verwaltungskosten-Voranschlag: Dieser sah ein Defizit von ca. CHF 50’000 vor. Effektiv wurde nun ein positives Ergebnis von über CHF 800’000 erzielt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass auf der Einnahmenseite die Verwaltungskosten-Beiträge höher ausgefallen sind als budgetiert (aufgrund des höher als angenommen ausgefallenen beitragspflichtigen Einkommens der Versicherten) und dass auf der Ausgabenseite für das EDV-Projekt VISTA wegen Verzögerungen im Berichtsjahr weniger Zahlungen erfolgten als ursprünglich budgetiert.

Erläuterungen zur Bilanz der Verwaltungskosten AHV-IV-FAK per 31. Dezember 2006

Wesentliche Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr: Das Kapital wächst von ca. CHF 2.77 Mio. um ca. CHF 0.85 Mio. auf ca. CHF 3.62 Mio. an. Im Übrigen gibt es drei wichtige Punkte. Erstens wurde der Wert der Mobilien und der EDV-Anlage auf CHF 0.00 abgeschrieben; Grund für diese Abschreibung ist die Einführung einer Anlagebuchhaltung. Es sollte vermieden werden, dass mit grossem Aufwand alle Bestandteile des Anlagevermögens einzeln neu erfasst werden müssen (dies war auch im Bericht und Antrag Nr. 123/2006 zum Verwaltungskosten-Voranschlag 2007 angekündigt worden). Zweitens wurde, wie in den Erläuterungen zur Erfolgsrechnung erwähnt, die Rückstellung für das EDV-Projekt VISTA plangemäss aufgelöst. Drittens wurde auch die Rückstellung für die spätestens alle fünf Jahre anfallende versicherungstechnische Bilanz aufgelöst (es wird jedoch wieder neu eine Rückstellung gebildet und geäufnet).

Liechtensteinische AHV-IV-FAK
Gerberweg 2
Postfach 84
FL-9490 Vaduz
Liechtenstein

Telefon 00423 / 238 16 16
Telefax 00423 / 238 16 00
postmaster@ahv.li
www.ahv.li